

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tageblatt Riesa.
Vermerk Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Poststedtorto: Dresden 1530
Girokasse Riesa Nr. 52.

Nr. 28.

Dienstag, 3. Februar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 11,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzerrungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Sturzzeit des Anlagetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gemähe für das Schreiben in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für bewilligte Anzeige ist 16 Silben 25 Gold-Pfennige, die 80 um breite Zeitungszelle 100 Gold-Pfennige, zeitraubende und tabellarische Zahl 50% Aufschlag. Beste Tarife, Preisliste an der Redaktion erhältlich, wenn der Betrag verjügt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Fälligkeitstermin: Riesa. Schätzliche Unterhaltungsbeläge eines Eintrags auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Oesterreichs Weg.

Der Besuch der großdeutschen Parlamentarier in Berlin hat nicht nur in Deutschland und Oesterreich, sondern auch in der Presse der erst in zweiter Linie beteiligten oder sich beteiligt führenden Staaten ein auffallend lebhaftes Echo ausgelöst. In Oesterreich selbst haben die freimütigen Ausführungen der Abgeordneten starkes Misstrauen bei einigen Deutschen wenig geneigten christlich-sozialen Zeitungen hervorgerufen. Diese Erregung, die an sich durchaus ungewöhnlich anzusehen ist, weil ja ein Besuch großdeutscher Politiker bei den Angehörigen gleichgesinnter Parteien im Reich an sich keineswegs besonders bedeutungsvoll zu sein braucht, hat ihre Ursache in der gebietserheblich eine Entscheidung fordern den Wirtschaftskrise, in der sich unser Bruderland befindet.

Die Unzulänglichkeit des sogenannten Sanierungsvertrages, die auf rein politischen Absichten beruhende Herauslösung "Oesterreichs" als eines selbständigen Staates aus der großen Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft des Gesamtvolkes, die Form dieser Herauslösung, die jene zwangsläufige "Selbstständigkeit" in eine Abhängigkeit von fünfzig übergeordneten wirtschaftlichen und politischen Mächten verwandelt, die Folgen dieser Zwangsmaßnahmen — Teuerung, Abbau, Arbeitslosigkeit, Abwirtschaftung usw. — alles das zwingt die österreichische Regierung geradezu, neue Wege zu suchen. Das doch selbst der allmächtige Herr Zimmermann, der Aufsichtscommissionar des Börsenbundes, neuerdings zugeben müssen, daß die Genfer Zwangsverwaltung eine Eingliederung in natürliche Zusammenhänge niemals erreichen kann. Die politisch, im besondern in der Führung der Außenpolitik, mahnenden Kreise sind nun, vorläufig noch im Geheimen, dafür aber unter lebhaftem bemüht, die Schaffung der Donauüberquerung vorzubereiten. Dass die Großdeutschen, die als Regierungsteilhaber den Befehl stießen, nun auch ihrerseits im Sinne ihrer Grundüberzeugungen Einfluss zu gewinnen suchen, ist ein recht natürlicher Vorgang. Mit Kampf gegen das Sanierungsvertrage, wie die christlich-soziale Parteiwerke behaupten, haben die Bestrebungen der Großdeutschen nichts zu tun. Großdeutsche wie Christlich-Soziale entfinden die Unzulänglichkeit der "Sanierung", das als notwendiges Uebel nicht zu umgehen war, ähnlich z. B. wie der Dawes-Plan und die Stützungsanleihe im Reiche, die aber, ebenso wieder wie der Dawes-Plan, nur gewisse Vorbedingungen schafte, auf denen aufgebaut werden muß.

Auch die Großdeutschen wollen, wie im Anschluß an den Berliner Besuch und die daran sich knüpfenden Presseangriffe von maßgebender Seite ausdrücklich betont wird, nicht Krieg und Zollabschaffung gegen die Nachfolgestaaten. Auch die Großdeutschen müssten handelspolitisch die Schaffung möglichst vorteilhafter Beziehungen zu den Nachbarländern. Sie tämponieren aber mit aller Kraft dagegen, daß im Südosten Europas unter Einbeziehung Oesterreichs ein auf wirtschaftlicher Grundlage stehender Staatenzusammenschluß sich bildet, der seine Spur gegen Deutschland fehrt. Oesterreich vom Reiche abschließt und praktisch die Vorbereitung des notwendigen und unausbleiblichen Anschlusses verzögert. Oesterreich ist kein ausgesprochener, nur nach dem Balkan hin neigender Staat. Abgesehen von den geschäftsmäßigen und verwandtschaftlichen Banden, die das Reich noch stärker an das Deutsche Reich knüpfen, als es mit der damaligen Donaumonarchie der Fall war, hat Oesterreich auch wirtschaftlich alles Interesse daran, Mittler zwischen Oe und West zu bleiben, und zwar in enger Anlehnung an das große, leistungsfähige Wirtschaftsgebiet des Reiches. Das ist vorläufig Oesterreichs Rolle. Denn nicht ein kleiner Oststaat zwischen anderen, überlegenen ist dieses Land.

So ist es, nicht zuletzt im österreichischen Interesse, von Wert, daß führende Persönlichkeiten der national-deutschen Partei unseres Bruderlandes in trittlicher Stunde den Weg zu den reichsdeutschen Freunden gefunden und mit ihnen alle schwedenden Fragen durchgesprochen haben. Wenn es unter den augenblicklichen Verhältnissen in Oesterreich auch nicht zu erreichen ist, daß eine Politik getrieben wird, die奔向 auf wirtschaftlicher und kulturpolitischer Grundlage den Zusammenschluß vorbereitet, so muß es doch vermieden werden, daß Oesterreich, zu seinem eigenen Schaden und unter Gefährdung der deutschen Kulturgemeinschaft, Wege einschlägt, die schmäleren vom ersehnten Ziele wegführen.

Finanzministerkonferenz in Dresden.

Dresden. Die Konferenz der Finanzminister der deutschen Länder hat gestern vormittag im Finanzministerialgebäude begonnen. Den Vorsitz führt der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold. Von auswärts sind erschienen: Ihr Preußischer Staatssekretär Dr. Weber, für Bayern Finanzminister Dr. Krausnick, für Württemberg Finanzminister Dr. Dehlinger, für Hessen-Darmstadt Finanzminister Henrich, für Baden Finanzminister Dr. Köhler, für Thüringen Finanzminister Dr. v. Müllner, für Mecklenburg-Schwerin Minister von Herzen, für Mecklenburg-Strelitz Minister Dr. Gustadt, für Oldenburg Minister Stein, für Braunschweig Minister v. Grob, für Anhalt Ministerpräsident Dr. Ebert, für Waldeck Landesdirektor Dr. Samelius, für Hamburg Dr. Lippmann, für Bremen Staatstat Dr. Müllershausen und für Lübeck die Senatoren Dr. Kaltbrenner und Dr. Vermeulen. Gegenstand der Besprechung ist, wie bereits gemeldet, der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

Brauns quellsichtlose Anstrengungen.

■ Berlin. Der bremische Ministerpräsident Braun leiste gestern dem Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. v. Campe, die Frage vor, ob die Fraktion der Deutschen Volkspartei bereit sei, unter seiner Ministerpräsidentschaft an der Regierung teilzunehmen und ob sie im Falle der Vereinigung bereit sei, einem Kabinett der Weimarer Koalition gegenüber eine neutrale Haltung einzunehmen. Abg. Dr. v. Campe bekleidet die Antwort einer Sitzung der volksparteilichen Fraktion am kommenden Mittwoch vor und verprach, den Beschluss der Fraktion dem Ministerpräsidenten bis Donnerstag mitzutragen.

Die bremische Zentrumspartei ist wiederum an den Landeshauptmann Horion in Düsseldorf herangetreten wegen Übernahme der Ministerpräsidentschaft in Preußen. Horion will in den nächsten Tagen nach Berlin kommen, um sich mit den Führern der Zentrumspartei in Verbindung zu setzen.

Ein englischer Politiker über Deutschlands Zukunft.

London. (Kunststück.) Das bekannte konervative Parlamentsmitglied Sir Philip Dawson ist gestern von einer vierwöchigen Reise durch Deutschland, Polen und die Randstaaten nach England zurückgekehrt. Sir Philip hat diese Reise dazu benutzt, um zu erforschen, wie er den von ihm seit Kriegsende nachdrücklich vertretenen Gedanken der Zusammenarbeit zwischen englischen und deutschen Industriellen auf den europäischen und außereuropäischen Märkten verwirklichen könne.

Sir Philip sagte bei seiner Rückkehr, daß es ihm vor allem darauf ankomme, daß es regen und enge Zusammenarbeit der deutschen und der englischen Industrie zu fördern, die ein „Unterbündnis“ und gegenseitiges Handeln auf den Weltmärkten verhindern könne. Er wies darauf hin, wie deutsche Lieferanten unter Erzielung geringen Gewinnbetrages die englische Industrie unterstützen, während es möglich wäre, durch ein Zusammensetzen der beiden Industrien die Aufträge zu teilen. Sir Philip betonte, daß die deutsche Industrie im Gegenzug zur Verteilung im großen Maße von der Gewährung von englischem Kredit abhängt und daß England bei einer Beteiligung seiner eigenen Industrie einen weit größeren Nutzen hätte, derartige Kredite zu geben, als in dem Fall, in welchem eine solche Kreditgewährung nur eine Stärkung der deutschen Industrie auf Kosten der englischen bedeute.

Sehr erkenntnisswert äußerte sich Sir Philip über Reichskanzler Dr. Luther. Er sah in ihm einen ehrlichen, vaterlandsliebenden und klugen Staatsmann, der entschlossen sei, unter getreter Erfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen mit den übrigen Nationen an dem Wiederaufbau Europas mitzumachen. Sir Philip sagte, er werde in der englischen Öffentlichkeit darüber eintragen, daß Dr. Luther volles Vertrauen entgegen gebracht werde. Er sei überzeugt, daß es den deutschen Führern gelingen werde, Deutschland durch alle Klippen hindurchzuleiten, erklärte jedoch, es sei nie bedauerlich, daß das Vertrauen, welches Dr. Luther und seine Regierung verdienten, in der öffentlichen Meinung des Auslandes durch das Programm der rechtsradikalen deutschen Seite beeinträchtigt werde. Sir Philip äußerte sich sehr optimistisch über die Zukunft der deutschen Industrie und Deutschlands. Besonders sei jedoch, daß sich der Aufstieg Deutschlands in einer Atmosphäre des Zusammenwirks mit der britischen Industrie entwickle, da eine solche Atmosphäre die Grundlage für das politische Einvernehmen zwischen den beiden Ländern bilde. Sir Philip wandte sich nachdrücklich gegen den Gedanken, daß die Regierungsbürokratie in England durch die Konservativen die außenpolitischen Richtlinien Großbritanniens zu Ungunsten Deutschlands beeinflusst habe.

Den deutsch-engl. Handelsvertrag bezeichnete Sir Philip als ein für beide Teile befriedigendes Abkommen. Er bezeichnete den russischen Markt als vollkommen aussichtslos, solange dort Politiker herrschen, deren Ziel die Weltrevolution sei.

Zwei Flieger tödlich abgeschossen.

■ Lübeck. Nach einem Höhenrekordflug verunglückte gestern abend auf dem Flugplatz Travemünde ein Flugzeug der Gaspar-Werke, nachdem es den bisherigen Weltrekord für derartige Flugzeuge um ein bedeutendes überboten hatte. Kurz vor der Landung stürzte der Apparat aus der geringen Höhe von 50-60 Meter aus noch nicht geklärten Gründen ab. Der Pilot Münnich und der Beobachter Siegert (beide aus Hamburg) sind tot.

Ein deutscher Dampfer mit Besatzung untergegangen?

* Paris. Nach einer Radiomeldung aus Reykjavik ist der deutsche Dampfer "Bavaria" samt Besatzung am 27. Januar an der isländischen Küste untergegangen.

Ebert wieder als Reichspräsidentenkandidat.

■ Berlin. Wie verlautet, hat sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands endgültig geeinigt, Herrn Ebert auch für die kommende Reichspräsidentenwahl wieder als Kandidaten aufzustellen. Verhandlungen mit den übrigen Parteien der Linken und der Mitte sollen schon in der nächsten Woche aufgenommen werden.

Die Delegiertentagung des Deutschen Bauernbundes

nahm gestern unter zahlreicher Beteiligung aus allen Ecken des Reichs im Bankettsaal des Rheingold zu Berlin ihren Anfang.

Der Vorsitzende, Schmidholz (Mitglied des Reichswirtschaftsrats), erklärte, der Deutsche Bauernbund treibe Interessenpolitik, aber das, was ihm die innere Berechtigung hierzu gebe, sei doch ein tiefer und starker Idealismus. Zwei Ziele habe sich der Bauernbund auf die Fahne geschrieben: Das Ideal der Freiheit und das des Vaterlandes. Das Ziel der Freiheit sei jetzt nach der Revolution erfüllt. Der deutsche Bauernbund stehe auf dem Boden des Geworbenen. Vor allem trete der Bund ein für die Freiheit des deutschen Vaterlandes. Aus Liebe zum Vaterland befiehlt er sich zu dieser Beweinaung. Arbeit am deutschen Bauernbund sei keine nationale Arbeit. Sie fördere die Schaffung eines gesunden Bauernlandes, die die Voraussetzung für eine geistige und körperliche Gelindung des deutschen Volkes schaffe und die Voraussetzung für eine kommende Wehrhaftigkeit, die Deutschland dringend braute. Gegenwärtig sehe es in Deutschland ohnehin politisch traurig aus, noch trauriger jedoch innerpolitisch. Nur mit Abiden könne man sich von der Unzulänglichkeit des deutschen Volkes abwenden. Viele Parteien erdenken bei der Wahl auf dem Kriegsspiele. Jeder reicht das Maul immer weiter auf als der andere. Die neue Majestät, der Herr Wähler, beeinträchtige die Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.

Ter Meder wandte sich dann gegen die Zölle von Steuern und das Finanzgebaren. Zu seinem Verstundinde der Landwirt heute nicht das, was er von ihm erwartet, ungünstige Steuern drücken ihn und die Kreditfrage sei sehr schwierig. Der Landwirt wolle gleichmäßige Preise, keine Überpreise, an denen Nordamerika schuld sei, das den Markt und die Preise befehrt.

Der Hauptgeschäftsführer des deutschen Bauernbundes Dr. Böhme erklärte den Geschäftsbericht und verlas zum Schlusse seiner Ausführungen eine Entschließung, in der der deutsche Bauernbund für die Verabschiedung eines Zolltarifes mit ausreichenden Schanzzollen eintritt. Weiter wird eine großzügige Durchführung der inneren Kolonisation gefordert. Auf dem Gebiete der Anteigentwicklung ercheine es notwendig, dauernd Sorge zu tragen, daß angehört der derzeitigen Knappheit an Baumaterialien der Landwirbeiter im Enteignungsverfahren grundätzlich an die Stelle der Bauplastung eine solde zu Rente oder Pacht mit Kaufanwartschaft tritt. Auf steuerpolitischen Gebieten betont der Vertretertag nach wie vor die unabdingliche Notwendigkeit, eine vollkommen gleiche Belastung der verschiedenen Betriebsgrößen herzuführen und verlangt eine starke Herabsetzung der Steuerbelastung in ihrer Gesamtheit bei Fleisch und Ländern. Er erwartet, daß die Kredite auch den bauerlichen Organisationen in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden.

Schließlich erhebt die Vertretertagung schärfsten Protest gegen die vertragswidrige Verlängerung der Bezeichnung der Nördler Zone.

Der Vorsitzende dankte Dr. Böhme und wies die in der Öffentlichkeit gegen Dr. Böhme gerichteten Angriffe zurück. Zum Beilegen des Bandes erhob sich die Versammlung.

Schlie die deutschnationaler Parteivorsitzender?

■ Berlin. Gestern vormittag hat eine Parteiführerbesprechung der Deutschnationalen Volkspartei stattgefunden, der sich am Nachmittag eine Sitzung des Vorstandes anschloß. Neben den allgemeinen politischen Fragen kamen auch Organisationsfragen zur Erörterung, so auch die überaus wichtige Neubesetzung der Posten des Parteivorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden. Unter Exzellenz Hergt hatten beide Posten in einer Hand gelegen. Davon wird man jetzt ableben. Über den künftigen Parteivorsitzenden sind Gerüchte verbreitet, die nicht zuverlässig. Bei der Deutschen Volkspartei ist bestimmt der Reichsaußenminister Dr. Stresemann Parteivorsitzender. Es ist möglich, daß auch die Deutschnationalen Volkspartei den von der Partei ins Kabinett entzogenen Abg. Schiele zum Parteivorsitzenden wählt, schon um seine Position zu stärken. Ein Vertretertag der Deutschnationalen Volkspartei findet Ende Februar statt.

■ Berlin. Der Parteivorsitz der Deutschnationalen Volkspartei beschloß, die Frage des Parteivorsitzenden der für den 21. Februar eingubernden Parteivertrittung zu überweisen. Inzwischen führt der Abg. Winckler die Geschäfte als Parteivorsitzender weiter. Es wird bestätigt, daß mit einer Kominierung des Reichsinnenministers Schiele zum Parteivorsitzenden gerechnet wird. Als künftiger Sitz der Deutschnationalen Reichstagssitz kommt der Abg. Graf Westarp in Betracht.

Zu der gefragten Sitzung des Parteivorsitzes der Deutschnationalen Volkspartei wird noch gemeldet: Der Parteivorsitz nahm mit Dank davor Kenntnis, daß die landwirtschaftlichen Organisationen einem Übergriff des landwirtschaftlichen Gewerbevereins entgegenwirken wollen. So ist u. a. die geplante Gründung einer großen Brotfabrik in Berlin aufgegeben.

Rückbildung des Eisenbahner-Lohnabkommen.

■ Berlin. Von sämtlichen am Tarifvertrag mit der Reichsbahn beteiligten Organisationen ist zum 1. März das Lohnabkommen für die Eisenbahnarbeiter gekündigt worden. Von der noch ausstehenden Antwort des Generaldirektors Hefel wird das weitere Vorgehen der Eisenbahnerverbände abhängen.

Bermischtes.

Leichter Eisenbahnunfall. In der Nacht vom Sonntag zum Montag 1 Uhr fuhr auf der Strecke Frankfurt a. d. O.—Berlin zwischen Berkenbrück und Wittenbergen in der Mark der Güterzug 8203 auf einen Personenzug 325 infolge Überfahrtens des Signals. Eine weisende Frau Anna Heinze aus Frankfurt a. d. Oder ist leicht verletzt worden. Durch Entzündung der Gasbehälter sind mehrere Personenwagen in Brand geraten und zerstört. Das Gleis Berlin—Frankfurt wird an der Unfallstelle etwa 12 Stunden wegen Wiederherstellung des beschädigten Gleises und Entfernung der Trümmer gelähmt sein. Der Betrieb wird eingeschränkt erhalten.

Aus dem Sellenfenster herabgestürzt. Der Mittwoch, 9. Februar aus Erfurt, der sich wegen umfangreicher Diebstähle im staatlichen Minnabüro zu Weimar seit längerer Zeit im Weimarer Gefängnis befindet, hat sich gestern vormittag aus seinem Sellenfenster in den Hof geflüchtet. Er war sofort tot. Die amtliche Untersuchung hat ergeben, daß die von Bebe gebenen Umstände den amtlicherseits angeblich angegebenen Umfang weit übersteigen. Von ausdrücklich waren gegen Bebe 13 Anzeigen eingelaufen.

Große Kälte im Aufmarsch. Die R. Tägl. Rundschau meldet aus Baku: Aus Kasan wird gemeldet, daß dort seit Anfang Januar eine Kälte von -37—40 Grad herrscht. Viele Menschen und Tiere sind erfroren. Eine derartige niedrige Temperatur ist seit 100 Jahren nicht vorgekommen.

Das größte Motorschiff der Welt. Wie bereits kurz gemeldet, wurde das Motorschiff Spealand, das für Rechnung der schwedischen Reederei Brostrom & Sohn in Göteborg gebaut worden ist, auf der Deutschen Werft in Hamburg am 24. Januar glücklich vom Stapel gelassen. Es besitzt eine Tragfähigkeit von 21.000 Tonnen und weist folgende Abmessungen auf: Länge 187,5 Meter, Breite 21,94 Meter, Seitenhöhe 13,40 Meter, Tiefgang beladen 9,80 Meter. Es besitzt bei diesem Tiefgang eine Wasserverdrängung von 29.500 Tonnen. Die Maschinenanlage besteht aus zwei Vierfach-Dieselmotoren mit einer Leistung von je 3.000 PS, die nach den Patenten von Burmeister und Wain gebaut sind und 8 Zylinder besitzen. Das Schiff dient dem Transport von Erzen und besitzt drei Laderäume von je 3000 m³, die nach den Patenten von Burmeister und Wain gebaut sind und 8 Zylinder besitzen. Das Schiff dient dem Transport von Erzen und wird in einigen Wochen gleichfalls fertiggestellt sein.

Das Gefängnis als Börse. Ein Pariser Bankier Jucco wurde wegen Unregelmäßigkeiten zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt. Er bestach jedoch einen Aufseher, um in Verbindung mit einem Angestellten eines Bankhauses zu kommen und lancierte mit dessen Hilfe ein Finanzobjekt in die Öffentlichkeit, das namentlich für kleine Kapitalisten erdacht war und tatsächlich großen Anklang bei ihnen fand. Das Geschäft ging so gut, daß ein neues kleines Bankhaus mit einer ziemlich großen Zahl von Angestellten gegründet werden konnte und der Bankier in seiner Gefangenissetzung täglich reicher wurde. Durch einen Zusatz wurde alles entdeckt und diesem Geschäft durch Juccos Verleugnung in ein anderes Gefängnis ein Ende bereitet. Den gleichen Instinkt für finanzielle Angelegenheiten zeigte ein weiner Norden zu leben längere Gefängnis verurteilter Italiener namens Stephan. Obwohl er für geistesgestört erklärt worden war, befahl er doch Verstand genug, um seinen Gefangenenvatert zu gute Ratschläge zum Spekulieren zu geben, daß sie in kurzer Zeit viel Geld verdienten. Er selbst wurde ebenfalls reich, ohne daß er Gelegenheit hatte, seinen Reichtum zu verwerten. Sein grösster Luxus war eine Flasche kostendieci Milch täglich.

Der Urenkel des Kolumbus als Baumusiker. Wie aus Wroclaw gemeldet wird, ist seit kurzer Zeit ein 29-jähriger junger Mann namens Rudolf Kolumbus in Neutra als Organist beschäftigt, der sich als direkter Nachkomme des Amerikaentdeckers Christof Kolumbus ansieht und seinen Lebensunterhalt seit Jahren am Klavier verdient. Rudolf Kolumbus' Vater, ein Feldwebel, erhielt im Jahre 1910 ein Exemplar eines Wiener Blattes zur Hand, in welchem die Nachkommen der Familie Kolumbus-Bergagna aufgefordert wurden, ihre Ansprüche auf das Fideikommiss der Familie in Spanien anzumelden. Der Feldwebel konnte nachweisen, daß seine Vorfahren noch im Jahre 1712 in Wien gelebt haben, und daß sein Ahne Gardist in der Kaiserl. Leibgarde war. Der Vater starb inzwischen. Der Sohn, der junge Baumusiker, bemüht sich jetzt, die Nachforschungen seines verstorbenen Vaters fortzuführen und seine Ansprüche auf das Vermögen der Familie Kolumbus-Bergagna geltend zu machen.

Die verinklinende Gemeinde. Die Gemeinde Hohen-Reuendorf bei Berlin wird von einem tragischen und eigenartigen Schicksal heimgesucht: sie versinkt langsam und rettungslos in den stetig steigenden Fluten des Grundwassers. Hohen-Reuendorf, einst eine freundliche und behagliche Gartenstadt, bietet heute ein so seltsames und unheimliches Bild. Holt und ganz eingestürzte Häuser, verwüstet, modrig riechende Gärten, die noch stehenden Gebäude vom Fuß entblößt, vom Schwamm durchwuchert. Im ganzen Ort keine einzige einwandfreie Wohnung, faulende Laternen an den Wänden, verfaulte Brunnen, in den Höfen. Niemand schöpft mehr Wasser aus diesen Brunnern wegen der Toxinsgefahr. Die ansteckenden Krankheiten mehren sich, die letzte Grippe-Epidemie raffte die halbe Gemeinde fort. Kein Haus, das nicht dem Einsturz nahe wäre, kein Keller, in dem nicht das Grundwasser stünde, teilweise bis zu zwei Metern, und in dem es nicht unaufhaltbar weiter steige. Seit zehn Jahren steigt es. Der Abzug nach der Davel, den es früher hatte, wurde ihm durch den Damm der Nordbahn und die damit in Verbindung stehende Trockenlegung lumpiger Flächen versperrt. Daß es nach Hohen-Reuendorf zu ab. Eine gewaltige Tonnschicht liegt unter ihm und behindert das Forttiefen. Man hat bereits bis zu 50 Metern Tiefe gehobt — erfolglos! Schon sind 100 Wohnungen zerstört, an 300 Zimmer vernichtet, über 1500 Obstbäume fortgebüßt. Der Verlust geht weiter. 6000 Menschen stehen dem Ruin an Leib und Leben entgegen. Das einzige, was helfen könnte, wäre die Grabung neuer Kanäle nach der Davel. Wer soll die Kosten von 400.000—500.000 Mark aufbringen? Die Gemeindefasse ist leer, die Einwohner waren nie reich und sind jetzt ganz arm. Selbstverständlich hat die Ortsverwaltung vielfach längst Vorstellungen bei den zuständigen Stellen erhoben. Der Staat hat, auch wenn der Reichsbahn sein unmittelbares Verschulden nachzuweisen sein sollte, zweifellos die Pflicht, das bedrohte Gemeinwesen zu schützen und hier tatkräftige Hilfe zu leisten. Wenn der Staat Mittel zur Schaffung neuer Wohnungen aufwirkt, so ist es erst recht notwendig, Mittel zur Erhaltung bestehender guter Wohnungen flüssig zu machen. Je länger die Hilfe des Staates auf sich warten läßt, desto folgenschwerer wird die Katastrophe für diejenigen nördlichen Vorort. Die Schaffung einer geregelten Entmischung wird auf etwa eine halbe Million Mark berechnet. Es ist dringend zu wünschen, daß der Unterricht zur Gewährung dieser Mittel im Vorjahr mit besonderem Motivation beabsichtigt wird und nur allmählig zur Schau tritt.

Friedigung gefangen. Dessen ungeachtet aber steht das Grundwasser weiter, sterben Häuser ein, verfaulen die Bäume, sterben die Menschen.

Son zerstreuten Leuten und anderen. Allerlei lustige Geschichten erzählt Mrs. A. B. Stirling in ihrem soeben erschienenen Erinnerungsbuch "Des Lebens Alltag". Sie ist mancherlei zerstreuten Leuten begegnet, denen viel Komisches passierte. Zu diesen gehörte Lydia Miller. "Sie fuhr eines Tages im Omnibus", schreibt Mrs. Stirling, "und in ihrer Achtheit nahm sie beim Aussteigen den Griff eines Schirms, der ihrer Nachbarin gehörte. Diese verbarg sich das sehr entschieden: „Bitte, daß mein Schirm!“ Und Lydia Miller entschuldigte sich vielmals. Die Lydia war gerade auf dem Wege in ein Geschäft, wo sie einen Regenschirm hatte stehen lassen; sie bekam ihn auch wieder, und sie stieg nun mit zwei Regenschirmen — denn sie hatte auch einen mitgenommen — in den Omnibus, in dem sie auffällig wieder neben ihre Nachbarin von vorhin zu sitzen kam. Diese rächte einen lachenden Blick auf die zwei Regenschirme der Lydia und bemerkte dann bedeutungsvoll: „Sie haben wohl heute einen guten Tag gehabt!“ Nicht minder zerstreut war der Bischof Woldworth, der einmal einer Freunden ein Buch bogte: „Ich sollte aber doch lieber meinen Namen hineinschreiben,“ bemerkte er. „Sie scheinen nicht viel von meiner Ehrethätigkeit zu halten.“ lautete die beleidigte Antwort. Der Bischof, der nun seinen Fehler wieder gut machen wollte, meinte erklärend: „Ja, seien Sie, man vergibt so leicht, wenn ein Buch gehört. Dieses Buch hier — und er schrieb rasch seinen Namen hinein —, gehörte einem guten alten Freund von mir. Aber ich habe vollständig vergessen, wen.“ Lord Holtham, der an Bord eines Schiffes ging, um die Verfolgungen der Passagiere aufzunehmen, fand einen melancholisch dreinschauenden Herrn, abgesondert von den anderen stehend, und er fragte ihn: „Sind Sie verheiratet?“ „Nein, nur feierlich“ war die Antwort. In einer spirituellen Sitzung wurde dem Medium eine Zigarettenwiege in die Hand gegeben, und es sollte „föhren“, wer der Eigentümer sei. Das Medium fing sofort zu schreien und zu stöhnen an und schrie immerfort: „Ach, diese Schmerzen, diese furchtbaren Schmerzen.“ „Kennen Sie uns erklären, was das bedeutet?“ fragte der Leiter der Sitzung den Eigentümer. „Aber gewiß,“ stammelte dieser. „Ich bin doch Bahncrat!“

Vor Rücken — Deutschlands Strom, aber nicht Deutschlands Grenze.

Ernst Moritz Arndt hat dies Wort vor mehr als einem Jahrhundert gesprochen. Es wirkte damals wie Flammenruf und rüttelte die Laven, die Pazifisten und Allerweltsbefürworter jener Tage umfangreich aus, als sie drauf und dran waren, aus Sentimentalität dem eben besiegt Erbfeind das schöne Rheinland zu lassen. In unseren Tagen mühte dieser Wehrkampf jedem Deutschen ohne Unterschied tief in die Seele gehämmert werden. Denn unglaublich dreister und unverhämmer schaftet und waltet der selbe Erbfeind seit mehr als sechs Jahren im Rheinland, dem reichsten und schönsten des deutschen Vaterlandes. Eben jetzt hat er zu all den Tausenden von Bedrückungen, Schikanen, Schändungen ungeheuerlichen Rechtsbruch begangen, indem er die feierlich anerkannte Verpflichtung, die Kölner Zone zu räumen, rücksichtslos brach. Brach aus nützlichen Gründen! Brach aus Herrschafts- und Raubgier! Seht ihr, deutsche Brüder und Schwestern, was in unserer herrlichen Westmark für Schamlosigkeit mit euch getrieben wird? Fühlst ihr wirklich tief im Herzen die Schmach, die man euch antut? Man könnte zweifeln, ob allen Deutschen klar ist, was am Rhein geschieht. Denn wo ist der Feuersturm, der angesichts solcher seindlichen Frechheiten durch die Lande brausen und jedes Herz entflammen müchte zu höchstem Zorn! Leben nicht Millionen trotz Rechtsbruch und Hohn der Feinde in den Tag hinein, jubilieren, tanzen, trinken und gebären sich, als wäre nichts geschehen? Mühte nicht den Räubern an Gut und Ehre längst angst und bange geworden sein vor dem deutschen Zorn?? Statt dessen — allerorten Zwietracht und kleinliche Zank um nützliche Dinge, überall dreimal geheiligte Parteidänen — aber nie der feurige nationale Zorn, der sich ausbäumt um Schmach und Schande abzuwehren! Noch sind wir leider weit davon entfernt, daß allen deutschen Brüdern und Schwestern Arndts Wort: „Der Rhein, Deutschlands Strom, aber nicht Deutschlands Grenze“ zum Evangelium geworden ist, woran nicht zu deuteln ist. Sorge jeder, daß es dies werde! Anders ist Gefahr, daß Rhein und Rheinland verloren gehen. Hugo Weyher.

Deutscher Reichstag.

(Funkspurk-Meldung)

Berlin, 2. Febr., nachm. 2 Uhr. Vor Eintreten in die Tagessitzung wird dem Geschäftsordnungsausschuß ein Antrag des preußischen Kultusministers überwiesen auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den deutsch-nationalen Reichstagabgeordneten Universitätsprofessor Dr. von Preysing-Lichtenau.

Erster und zweiter Beratung wird zunächst das deutsch-nationalistische Abkommen vom 4. Mai 1924 ohne Debatte angenommen.

Abg. Stöcker (Kom.) beantragt dann außerhalb der Tagessitzung die Einsetzung eines Unterredungsausschusses anlässlich des 700-Millionen-Geschehens der Reichsregierung an die Rhein- und Ruhrindustriellen.

Dieser Ausschuss soll sich mit den rechtswidrigen Begünstigungen beschäftigen, die der Schwerindustrie von den Regierungen Tuno, Stresemann, Marx und Luther gewährt worden seien. Die Mitglieder dieser Regierungen müssen außerdem vor dem Staatgerichtshof gestellt werden.

Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärt, seine Freunde würden den kommunistischen Antrag nicht unterstützen, sie würden selbst die Einsetzung eines Unterredungsausschusses beantragen, sobald die Regierung ihre Denkschrift vorgelegt habe.

Abg. Stöcker (Kom.) bezeichnet die Haltung der Sozialdemokraten als einen elenden Scheinkampf. Die sofortige Beratung der kommunistischen Anträge scheitert an dem Widerspruch des Hauses.

Das deutsch-niederländische Wirtschaftsabkommen wird debattiert dem Aussätzigen Abschluß überwiesen.

Dann beginnt die 2. Beratung des Staats mit dem Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.

Nach dem durch den Abg. Hoch (Soz.) erstatteten Auschlußbericht tritt als erster Redner

Abg. Dömann (Soz.) auf. Er führt Beschwerde über die Lizenzzulassung für die Sozialversicherung. Die Arbeitnehmer würden jetzt weit mehr belastet als die Arbeitnehmer.

Abg. Stöcker eine Erhöhung der Kapitaleinnahmen. Der

alte Einwand, es sei kein Geld dafür vorhanden, würde jetzt nicht mehr gelten, nachdem die Regierung der Schwerindustrie unter Rücksichtnahme von Gesetz und Vertrag ein Geschenk von 700 Millionen in den Haushalt geworfen habe. Es sei ein Skandal, daß die deutsche Regierung im Gegensatz zur transatlantischen die Gewerkschaftsvertreter nicht zu den Wirtschaftsverhandlungen herangezogen habe. Der Redner fragt den Minister, ob es richtig sei, daß die Schiedsstellen angewiesen würden, bei ihren Schiedssprüchen die Höhe und Gehalte recht niedrig zu halten im Interesse der Währung. Die Kommunisten mögen wiederholte Amnestie fordern. Der Ernennung des Präsidenten steht, seinen Platz wieder einzunehmen, fest der komm. Abg. Marx zunächst Widerstand entgegen, er fühlt sich erkoren, als ihm nach einem Ordnungsmaßnahmen angedroht wird.

Professor Reich kennzeichnet Deutschlands Verhandlungswillen.

Paris. (Funkspurk) Professor Victor Basch behandelt in der "Cité Nouvelle" die Aufräumung des Reichskanzlers an direkt den Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich. Er tritt für sofortige Verhandlungen ein und erklärt, Reichskanzler Dr. Luther habe durch seine Aufforderung nur das verlangt, was die Franzosen selbst forderten, nämlich daß die beiden Regierungen über die vorläufige Räumung der Nördner Zone verhandeln. Reichskanzler Dr. Luther habe sich auch bereit erklärt, die drei Grundlagen Herriots: Sicherheit, Schiedsgericht und Abstimmung. Den Einwand, daß dies alles nur Scheinwerk von Seiten Deutschlands sei, läßt Professor Basch in seinem Artikel nicht gelten, sondern er erklärt, daß Reichskanzler Dr. Luther ihm als ein großer geschickter und vernünftiger Verhandlungsbereiter erscheine, der das Reich regieren will, wie er eben verwaltet habe und der sich dessen bewußt ist, daß nur in einer Atmosphäre des Friedens Deutschland wieder einnehmen könne und seinen Platz unter den Mächten wieder einnehmen könne.

Lebte Funkspurk-Meldungen und Telegramme

vom 3. Februar 1925.

Graf Beckenbauer der deutschnationalen Reichstagsfraktion.

Berlin. (Funkspurk) Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat heute einstimmig Graf Beckenbauer zum Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Weitere Anschläge auf deutsche Führer in Südböhmen.

Berlin. Die Deutsche Zeitung meldet: Wie erst jetzt bekannt wird, sind am gleichen Tage, an dem auf den Domherrn der deutschen Partei in Südböhmen Dr. Kraatz und dessen Begleiter Dr. Groß ein Attentat verübt wurde, auch Attentate auf weitere Führer der Deutschen Partei ausgeführt wurden, wobei Senior Schubmacher und Abg. Taenzer verletzt wurden.

Die Wahl des preußischen Landtagspräsidenten für 10. Februar vorgeschlagen.

Berlin. (Funkspurk) Der Verteileramt des preußischen Landtags beschloß heute, dem Landtag zu empfehlen, die Wahl des Landtagspräsidenten auf Dienstag, den 10. Februar zu verschieben. Die nächste Sitzung ist festgesetzt auf Donnerstag, den 5. Februar, nachmittags 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen kleinere Gegenstände.

Ein Rechtsbruch zugunsten des preußischen Königsbaus.

Kottbus. (Funkspurk) In dem Prozeß um die zum Hausbesitz des preußischen Königsbaus gehörenden Rittergüter Mittweida und Stolpen wurde heute das Urteil verkündet. Der Auslegungsantrag des beklagten preußischen Justiz wurde abgelehnt und festgestellt, daß der preußische Staat nicht Eigentümer der beiden Güter ist, sondern daß diese vielmehr, wie der gesamte Hausbesitz, Eigentum des preußischen Königsbaus sind.

Arbeiter-Ausserung in der Deutschen Dunlop-Gummif.-G.

Hannover. (Funkspurk) In der Deutschen Dunlop-Gummif.-G. ist gestern ein Teil der Belegschaft wegen Nichtanwendung eines Schiedsgerichts in den Streit getreten. Daraufhin hat die Direktion der Dunlop-Gesellschaft den gesamten Betrieb geschlossen und die Arbeiterschaft aufgefordert, sich am Mittwoch zur Wiederaufnahme der Arbeit einzufinden, andernfalls sofortliche Entlassung sämtlicher 900 Arbeiter erfolgen würde.

Keine Einigung zur Wahl des Danziger Hafen-Präsidenten.

Genf. (Funkspurk) Der Völkerbundskommissar in Danzig hat die Wahl eines neuen Präsidenten für den Danziger Hafen als Nachfolger des zurückgetretenen Schweizer Oberstaatssekretärs einen längeren Zeitraum aufgezögert. Der Völkerbundskommissar erachtet daher den Völkerbund, entsprechend dem Pariser Abkommen von 1920 zwischen Danzig und Polen in seiner Mötztagung selbst die Ernennung des Hafenpräsidenten vorzunehmen. Nach diesem Abkommen wird der Hafenpräsident, falls er vom Rat ernannt wird, ein Schweizer sein.

England zu einem deutsch-französischen Abkommen.

London. Der diplomatische Berichterstatter des "Daily Telegraph" schreibt zur Frage eines gegenwärtigen Vertrags zwischen Deutschland und Frankreich, die Aussicht auf einen zwischen den britischen Kreisen gegebenen ist, daß England im gegenwärtigen Augenblick gut tut, sich außerhalb irgendwelcher beratlicher Erörterungen zu halten, bis die Frage des Genfer Protocols endgültig erledigt sei. Gleichzeitig werden englischerseits für den Fall, daß Paris einen direkten Handlungsaustausch mit Berlin wünschen sollte, wahrscheinlich keine Einwendungen dagegen erhoben werden.

Der Streik der Arbeiter in den Londoner Regierungsbüuden beendet.

London. In einer Massenversammlung der streikenden Arbeiter, die in den Regierungsbüuden beschäftigt waren, wurde beschlossen, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Da der Arbeiter, um dessen willen der Streik entstanden war, sich bereit erklärt hat, wieder in die Gewerkschaft einzutreten, der er früher angehört hatte und die rückständigen Beiträge zu bezahlen.

Schweres Erdbeben in Südböhmen.

Woslaw. (Funkspurk) In den staatlichen Transportwerkstätten ist ein Ballon mit Sauerstoff explodiert. Vier Arbeiter wurden getötet, drei schwer verwundet.

Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag.

Washington. Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag steht an erster Stelle auf einer Liste von 9 Gesetzesvorlagen, welche die Republikaner im Senat noch vor der Vertagung am 4. März durchzubringen beschlossen haben.

Meldungen der meteor. Station 421

(Oberrealschule Riesa).

8. Februar 1925: 0,8 mm.

Vereinsnachrichten

Alte Turnu. Niels. Mittwoch Versamml. Kronpr. Evangel. Bund. Dienstag, 10. Februar, 8 Uhr Hauptversammlung im Narrhausaal. **C. C. "Otter"** von 1908. Niels, c. V. Mittwoch, 4. 2. 1925, abends 1/2 Uhr Lebendstunde Turnhalle der Pektoralschule, anschließend 9 Uhr Monatsversammlung Caf. Grube. **Verein Erzgebirger u. Vogtländer, Niels.** Unter Huknobd findet Sonnabend, 7. Febr., abends 8 Uhr im Wettiner Hof statt. Eintritt haben nur die nebstens Landsleute. Familienangehörige und Gäste haben keinen Zutritt. **Militärverein Gröba.** Montag, 9. Febr., abends 8 Uhr Hauptversammlung im "Auer". Tagesordnung: 1. Beschlussfassung über Monatsteuer, 2. Aufnahme neuer Mitglieder, 3. Jahresbericht, 4. Kassenbericht, 5. Wahl, 6. Verabschieden. **Verein weidgerechter Jäger, Niels.** Donnerstag, 5. 2., abends 8 Uhr Deutsches Haus Zusammenkunft.

Südl. Kriegerverein „König Albert“ Riesa.

Am 31. 1. verabschied unter lieber Kamerad Strahmenmeister i. R. Franz Moritz, Kriegsteilnehmer 1870-71. Beerdigung erfolgt Mittwoch mittag, 1/2 Uhr. Hierzu stellt der Verein pünktlich 1 Uhr im "Hölter Witz", Goethestr. 13. Zubreitungsfeier ist Ehrenpflicht. Der Vorstand.

Jugendverein Poppitz-Mergendorf.

Sonntag, den 8. Februar
großes überbahrisches Bergfest.
Einladungskarten sind bei allen Mitgliedern, sowie im Gallohoi Mergendorf zu haben.

3 Vorträge über die Geschichte d. Christentums laut Offendarung Kap. 2 und 3. 1. Vortrag Mittwoch, den 4. Februar, abends 8 Uhr im Vortragssaal Hauptstr. 60. **Redner:** A. Beyer. **Redermann herzlich willkommen!**

Parischlößchen.
Morgen Mittwoch Schweinefleischfachten, ab 8 Uhr frisch Wurst, später frittierte Wurst, Gallerischüffeln u. die üblichen Schlachtgerichte. Fleisch u. Wurstverk.

Für Masken- und Kostümfeste
empfohlene Gesichtsmasken, Kopfbedeckungen, Blätter und Verzierung, sowie alle Karneval Artikel in großer Auswahl billig.

Robert Blume, Wettinerstraße 28
— Telefon 200. —

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit dargebrachten Glückwünsche und Gedanken nur hierdurch herzlich danken nur hierdurch herzlich. Hennig, am 1. Februar 1925. Franz Altmann und Frau.

Für die uns anlässlich unserer Goldenen Hochzeit dargebrachten zahlreichen Gedanken und Gratulationen sagen hiermit allen herzlichen Dank.

Insbesondere Dank dem Gesangverein "Ora" für das schöne Ständchen und Herrn Schmiedemeister Trichter für die herv. Musik. Röderau, 31. 1. 25.

Gustav Gärtner und Frau
Herrichte geb. Richter.

Statt Karten!
Für die überaus großen Beweise der Liebe und Teilnahme, die uns von Verwandten, Freunden und Bekannten in Wort, Schrift und lebendem Geleit, sowie durch reichen Blumenschmuck beim Heimgang unseres unvergänglichen Entschlafenen, Herren Karl Ferdinand Schmidt

gute geworden sind, sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank. Dies alles hat unseren Herzen wohlgetan. — Dir aber, lieber Vater, rufen wir ein "Hab' Dank" und "Liebe Janst" in die Ewigkeit nach. Kalbitz, 2. Februar 1925.

In tiefer Trauer Wilhelmse verw. Schmidt
nebst allen Hinterbliebenen.

Nach schwerem, mit unendlicher Geduld getragenem Leiden rief unser Heiland meinen innig geliebten Mann, unseren guten treuen Vater, Bruder und Schwager

Herrn Georg Julius May

Pfarrer zu Zeithain

heute zu sich in seine himmlische Heimat.

In tiefstem Schmerz

Johanna May geb. Bahmann

Anneliese May

Georg May

Anneliese May

Familie Thiele und Menter.

Bsparrhaus Zeithain, Chemnitz

und Königsbrück, 2. Februar 1925.

Die Beisetzung unseres lieben Heims

gegangenen findet Freitag, den 6. Februar,

nachmittags 1/2 Uhr statt.

Freitag
6
Februar

Hotel zum Stern

der schönste große
originelle öffentliche
Maskenball.
Großstadt-Aufmachung.



Preise: 1 Herrenuhr,
1 Dameuhr usw.
Zackige Ballmusik von
2 Kapellen.

Kammertheater

Hauptstr. 1

Ab heute der große Sensationsfilm

Die große Lüge!

An diesem Film zeigt man uns, wie durch unwahre Neuerungen ein Menschenleben zugrunde geht. Der Film bringt aber auch eine große Reihe von Sensationen.

Als Beiprogramm das tolle Lustspiel:
Snub Pollard
bei den Indianern.

Um gütigen Zuspruch bittet die Direction.

Carl Loewe-Solisten

Mittwoch, den 4. Februar 1925, 7/8, Stern
Sommersänger Alfred Lorentz-Leipzig
Tonkünstler Alex Conrad-Leipzig
Karten bei Giller und Hoffmann, sowie
an der Abendkasse.

Herren-Filzhüte

werden tabelllos umgearbeitet, gereinigt,
geföhrt usw. nur bei

Pflugk & Kaiser

21 Wettinerstr. 21
Gefäßbau — kein Laden.

Parkett-Fußboden
bester u. billigster Preis, zweigleisig auf alte abgenutzte Dielen, liefert mit verlegt Döbelner Parkett-Fabrik Julius Grohler, Döbeln, Am Bahnhof. Telefon 275.

Bücher-Revisor Hermann Greifenhagen

beideter Sachverständiger für das Buchführungs-
wesen für die Amtsgerichte Riesa und Döbeln
hält sich empfohlen für

Bilanzierungen • **Vermögens-Aus-
stellungen** • **Bücher-Nachtragungen**
Vermögens-Verwaltungen • **Wirt-
schaftliche Beratungen und Steuer.**

Fachmännische, exakte Bearbeitung
unter strengster Verschwiegenheit.

Geldhäusle Döbeln, Rödeckerstr. 37, Fernstr. 870.
Bitte ausschneiden.

Taa, Kuseng: It's der Gusten, Erfaltung,
Heiterkeit? Allors: Nutzlich doch die kleine echte
Oberhauer Wacholderbonbons! —
Forderer überall Bentel 15 u. 30 Pf. Vertreter
geucht. Chem. Fabrik Willi Schulze
Oberhauer i. Erzgeb. 14.

Schwed. Vollfett-Bücklinge

Wid. 40 Pf.,
in 5 Wid.-Kästen billiger.
Hermann Modler
Schulstraße 3.

Echte Harzfäße

Wid. (70-75 Stück)
nur 1.50 M.
emphatisch R. Gutmann,

Leiden

• • • • •

Sie an Blasen-, Harn- und
Rienerkrankungen, Ausfall- und
Unterkrankheit! Dazu
trinken Sie Apoth. May
Wagner's BOLDO-TEE,
Pulst. Wid. 1.50. — R. b.
Auker-Apotheke i. Gröba
Med.-Drogerie i. Riesa.

Schuhmacherarbeiten

aller Art nimmt an
Oto Sonntag
Mauritz Nr. 4.

Malerinnung Riesa

und Umgegend.

Freitag, den 6. Februar

abends 7 Uhr

im Restaurant Elbterrasse

Jahreshauptversammlung.

Tagessordnung:

1. Berichten der letzten

Niederdrift.

2. Jahresbericht.

3. Kostenbericht.

4. Bericht vom Vertretertag in Ostrau.

5. Eingänge.

6. Neuwahl.

7. Verschiedenes.

Anträge sind bis spätest.

5. Februar, 1925, beim Unter-

zeichneten eingreichen.

Um zahlreiches u. pünkt-

liches Erreichen erachtet

A. Oara, stellv. Vorl.

Die heutige Nr. umfaßt

8 Seiten.

Denke daran!
nur „Schwan im Blauband“
sollst du bringen, die Feinkost-
margarine mit dem vorzüglichen
Aroma und Geschmack, die auch so
gut zum Kochen und Braten ist.
Sie kostet 50 Pf.
das Halbfund
in der bekannten
Originalpackung

**Schwan im
Blauband**
Irish
geknet

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ das farbig
 illustrierte Familienblatt „Die Blauband Woche“ gratis zu verlangen.

Haus des Deutschums Große Geldlotterie

Ziehung unwiderrücklich 12. Februar 1925.

5633 Geldgewinne Mark

150 000

Gewinn-Plan:	1 Hauptgewinn Mt. 50 000 — 50000 Mk.
	1 Hauptgewinn Mt. 20 000 — 20000 Mk.
	1 Hauptgewinn Mt. 10 000 — 10000 Mk.
	10 Gewinne zu Mt. 1 000 — 10000 Mk.
	20 Gewinne zu Mt. 500 — 10000 Mk.
	100 Gewinne zu Mt. 100 — 10000 Mk.
	500 Gewinne zu Mt. 20 — 10000 Mk.
	1000 Gewinne zu Mt. 10 — 10000 Mk.
	4000 Gewinne zu Mt. 5 — 20000 Mk.
	5633 Gewinne mit zus. 150000 Mk.

Lospreis Mt. 3. — einfchl. Meichstempel, Postgeb. und
Versetzung 35 Pf. mehr. Nach. 45 Pf. mehr.

Bestellungen erzielen am besten auf dem Abschnitt einer Postlehr-Zahl-
lotterie, die bis 25 Mt. nur 10 Pf. kostet u. sicherer als ein einf. Brief ist. —
Postlehr-Zahl-Lotterie 51163. — Laubl. Nummern. Serien noch vorrätig.

Zu haben bei den Herren Staatslotterie-Ginnehmern

oder direkt durch General Vertreter für Sachsen:

H. G. F. Fischer Nachl. Amtl. Staatslotterie-Einnahme

Leipzig, Peterstr. 28, I.

Sonntag, den 1. 2. 1925 verschied saft nach langem Leiden
unsere liebe Mutter

Frau Minka verw. Lucius geb. Glier.

Grimma, Leipzig, Riesa.

In tiefer Trauer

Margarete Lucius

Curt Lucius, Polizeihauptmann

Gertrud Lucius geb. Lommatzsch.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 4. Februar, 1/2 Uhr von der
Friedhofskapelle aus statt. Beileidsbesuch werden dankend abgelehnt.

1. Februar 1925.

Für die uns anlässlich
unserer Vermählung dargebrachten
Glückwünsche und
Geschenke sagen wir
hierdurch allen

herzlichsten Dank.

Max Haupt und Frau

Gilda geb. Weiß.

Gröba-Mersdorf,

31. Januar 1925.

Die heutige Nr. umfaßt

8 Seiten.

Die Tagung der sächsischen Mieter.

Evaluation innerhalb der Mieterbewegung.

MW. Am Sonntag vormittag begann in Meißen die mit großer Spannung erwartete Tagung des Landesverbandes Sachsen im Bund deutscher Mietervereine e. V. Siz Dresden (Reichsbund deutscher Mieter). Der Tagung war, wie wir bereits gestern berichteten, am Sonnabend abend eine Abstimmung vorausgegangen, in der der Verbandsvorsitzende Hermann über die Gegenwartssituation der Mieter sprach.

Die ursprünglich für vormittags 9 Uhr angelegte Tagung brachte schon um 8 Uhr ein außerordentlich bewegtes Moment. Bei der Prüfung der Mandate stellte es sich nämlich heraus, daß ungefähr 50 bis 100 Mieter erschienen waren, ohne ein nach den Statuten gültiges Mandat vorweisen zu können. Da der Landesvorstand schon Wochen vorher darauf aufmerksam gemacht hatte, daß der Austritt zum Tagungskontroll nur bei ordnungsmäßig ausgestellten Mandaten erfolgen könne, wurde den sogenannten wilden Delegierten selbstverständlich der Eintritt verweigert. Daran ergriff sich eine zum Teil sehr erregte Stimmung bei der sogenannten Opposition, die hauptsächlich von dem Ortstein Leipzig nutzten und gestützt wurde. Es handelt sich um eine standhaltende Debatte, hervorgerufen durch die Mandatsfrage. Es bogte von Seiten der Opposition Befreiungen und Unrechtsklausuren. Die unruhige Stimmung ließ sich ins Fieberhafte. Es bildeten sich heftig gestufelte Gruppen. Der Saal bot einen Anblick, den wir — leider — von den Parlamentsverhandlungen her zu sehr gewöhnt sind.

In den ersten Nachmittagsstunden sah es so aus, als ließe sich der seit Monaten herumtrage Konflikt noch einmal friedlich beilegen, doch plötzlich, durch unbedachte oder auswollte Propaganda der Opposition kam das Geschehete: Die Anhänger der sogenannten Dresdner Richtung haben sich veranlaßt, den Saal zu verlassen, da sie einfanden, daß die Opposition mit der gebundenen Wahlchronik nach Meißen gekommen war, auf jeden Fall Obstruktion zu treiben. Damit war die Spaltung offensichtlich. Es tagten nunmehr im „Käfergarten“ beide Mietergruppen in je einem Saal, und während es bei der Opposition weiter hoch herging, wurde in dem Plenum der Dresdner Richtung ernste und positive Arbeit geleistet. Fast reibungslos wurden die neuen Statuten genehmigt, einstimmig der bisherige Vorstand wieder gewählt und mit derselben Einmütigkeit folgende

Entschließung

gegeben:

Der am 1. Februar 1925 in Meißen tagende ordentliche Landesverbandstag des Landesverbandes Sachsen im Bund deutscher Mietervereine e. V. Siz Dresden (Reichsbund deutscher Mieter) erhebt entschiedenen Einspruch:

1. gegen die von der sächsischen Regierung verfügte weitere Erhöhung der gesetzlichen Miete, die er nach Lage der Umstände für ungerechtfertigt hält und als Liebesgabe an den Haushalt erachtet.

2. gegen die aus den Anträgen der Deutschen Nationalen und Deutschen Volkspartei im Landtag sprechenden Bestrebungen und gegen die Absichten mancher Gemeinden, den Mieterhaushalt für Unternehmungen abzubauen bzw. aufzuheben. Er fordert von der Regierung aufsichtiges des weiteren Wachstums der Haushalte infolge der Mietssteigerungen:

a) Schaffung eines Sperrgesetzes, das die Eintragung neuer Hypotheken auf den entzuldeten Hausbau von der Erfüllung im Gesetz festzulegender Voraussetzungen abbängig macht.

b) Einführung der Buchführungsrichtlinie der Hansbelscher im Sinne der Verpflichtungen des forschamen Kaufmanns.

Er fordert weiter von der sächsischen Regierung:

3. Schaffung eines zeitgemäßen Grundwertsteuergesetzes, welches die Grundrente zugunsten der Allgemeinheit wirksam erhält und die Grund- und Bodenpekulation überwindet.

4. gegenüber dem Antrag der Deutschen Nationalen Volkspartei im Landtag auf Aufhebung des sächsischen Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken eine energische Einwirkung auf die Reichsregierung zur Vorlegung eines Reichsgesetzes, das die Ausübung eines geoblichen Verkaufsrechtes und das Enteignungsrecht zugunsten der Wohnungswirtschaft wesentlich erleichtert.

5. Zur prahlenden Förderung des Wohnungsneubaues in Sachsen fordert der Verbandstag von der Regierung:

1. Bereitstellung eines höheren Anteiles für Wohnungsbauzwecke als derzeit aus der Mietzinsteuer — mindestens 15 v. H. der Friedenssteuere —.

2. Einleitung einer vorausschauenden staatlichen Wohnungspolitik und Wohnungsfürsorge durch Erlass eines Gesetzes, welches die Mietzinsteuererhöhung einheitlich im ganzen Lande zugunsten des Staates sicherstellt, um mittels der später zulässigen Tilgungsbeiträge dauernd praktische Wohnungsfürsorge treiben zu können.

3. Erlass einheitlicher, alle Gemeinden bindender Richtlinien für die Vergabe von Baugeländern und Hypotheken aus der Mietzinsteuer hinsichtlich der Höhe der Darlehen, sowie der Tilgungshöhe unter Berücksichtigung des Renditegrades. Die Finanzierung des Wohnungsbauhaupts ist so zu gestalten, daß die Mieten für die Neubauungen die gesetzliche Miete eindeutig die Mietzinsteuer für gleichwertige Altwohnungen nicht überschreiten.

4. Abbau der Mietzinsteuer als Finanzsteuer für Staat und Gemeinde und Schaffung eines selbständigen Wohnungsbauabgabegesetzes mit einer vorläufigen Geltungsdauer von mindestens 10 Jahren.

5. Plannmäßige Bekämpfung der Wohnungsnott nach dem Grade des Notstandes in den einzelnen Bezirken und Landesteilen, sowie plannmäßige Förderung der Ansiedlung der wohnungslosen und wohnungslosen Bevölkerung nach Maßgabe der günstigen Vorbedingungen hinsichtlich der Landesbeschaffung, der Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnisse.

Dem eingeweihten, der den Kampf innerhalb der Mieterorganisation ausmerksam verfolgt hat, dürfte diese Lüge nicht überzeugend gekommen sein. Die kommunistischen Wählervereine haben zu einem gewissen Erfolg geführt, wenn sie auch nicht als die eigentlich Schuldigen an dieser Spaltung anzusehen sind. Unverkennbar ist aber, daß durch den direkten und indirekten Einfluß des KPD auf einzelne Mietervereine die Opposition zu ihrem aggressiven Vorgehen veranlaßt worden ist. Das ging z. B. aus einer in der kommunistischen Presse veröffentlichten Notiz hervor, in der aufgefordert wurde, zwecks Beratung „einheitliche Stellungnahme“ am Tage vorher zusammenzukommen. Es darf also mit größter Bestimmtheit angenommen werden, daß in dieser Sitzung, die den Meißen Tagung vorausging, der Feldungsplan zu der Schlacht am Sonntag entworfen worden ist. Es verdient noch besonders hervorgehoben zu werden, daß der Verbandsvorsitzende Hermann in seinen Begrüßungsworten endlich einmal den Schleier läutete, den die Gegner der Bundesleitung in Dresden über die Person Hermanns geworfen hatten. Herr Hermann erklärte unter Anderem, daß der Ausgang der letzten Reichstagswahl der

Mieterorganisation bewiesen habe, daß die Mieterchaft es ablehnt, bei politischen Wahlen mit eigenen Kandidaten hervorzutreten. Damit dürfte auch das Märchen endgültig erledigt sein, daß Hermann und die übrigen Herren der Bundesleitung aus persönlichem Ehrgeiz der Ausstellung eigener Kandidaten angestimmt hätten. Bekannt wurde vielmehr, daß das Vorgehen bei der Reichstagswahl durch die getroffenen Beschlüsse großer und größerer Verbände der Mieterorganisation bedingt war.

Die 51. Bezirksversammlung des Bezirks Großenhain im Sächsischen Militärvereinsbund

wurde am Sonntag von vormittags 11 Uhr ab im Saale des Sachsenhofes in Großenhain abgehalten. Der Besuch war zustandekommend, mehrere Vereine hatten jedoch keine Vertreter entsandt. Der Männerchor, unter der Leitung des Herren Kirchenmusikdirektor Glöser, verhünte den Anfang der Tagung durch den Gesang der Lieder „Ewig Heimat“ und „Vaterland“, wofür er langanhaltenden Beifall erntete.

Hierauf nahm der Bezirksvorsteher, Herr Oberlehrer Gründer-Großenhain, das Wort, dankte für das zahlreiche Erscheinen der Kameraden und hieß sie herzlich willkommen.

Besonderen Gruß entbot er Herrn Kamerad Schurig als Vertreter des Präsidiums, Herrn Kamerad Unger als Vertreter des Röthaer-Bundes, Herrn Bürgermeister Augustin als Vertreter der Stadt, Herrn von Voeden als Vertreter des Deutschen Offiziers-Bundes, den Herrn Hanneck und Plasnic als Vertreter des Stahlhelm und Herrn Käuflik als Vertreter des Jungdeutschen Ordens, Stahlhelm, Offiziers-Bund und Jungdeutsche Orden, alle diese Vereinigungen wollen das Beste fürs Vaterland, sie treten ein für vaterländische Interessen, das ja auch das Hauptziel der Militärvereins-Bewegung ist. Er sei der Meinung, daß alle hierin einzeln gelten müßten, auch hier in Großenhain, wie seines Wissens nach auch in Altena eine solche Einigung geschehen sei. Er sagte den Vereinigungen die Unterstützung durch die Militärvereine an, denn nur dadurch könne man weiter in der vaterländischen Bewegung, zum Wohle der Allgemeinheit und unseres Vaterlandes, Herr Kamerad Schurig überbrachte die Versammlung die Grüße des Landes-Präsidiums und führte aus, daß am 11. Januar vor hundert Jahren in Großenhain ein Mann geboren worden sei, der nachmalige Oberst von Meierhain, der in den Freiheitskriegen ein guter Krieger war, ein Edelmann vom Schelten bis zur Sohle und sein ganzes Leben in den Dienst der Wohlfahrt gestellt hat. Er war einer der Gründer der Invaliden-Stiftung der Militärvereine und hat das Wort geprägt: „In seinem Gründen ehrt sich das Vaterland“. Jeder als Soldat sollte sich so verhalten, daß es seinem Vaterland zur Ehre gereicht. Damals, als Meierhain lebte, wurde in Sachsen das Organisationsverbot aufgehoben. Das war der Anfang zu unserer Organisation. Dieselbe Zeit war auch das Geburtsjahr der deutschen Sozialdemokratie. Was habe diese groß gemacht? Nur die starke Organisation. Es sei nur etwas zu erreichen, wenn man sich zu einem großen Ganzen zusammenstelle. Nur im Zusammenschluß liege das Heil, könne man dem Vaterland dienen. Er hat die Kameraden, in der Opferwilligkeit nicht nachzulassen, den in schlechter Lage befindlichen Kameraden zu beschützen, Treue dem Vaterland, Treue dem Vunde und Treue dem Verein zu bewahren. Herr Bürgermeister Augustin begrüßte die Versammlung im Namen der Stadt und brachte insbesondere die Grüße des am Ersten Weltkrieg verhinderten Herrn Bürgermeister Dotz zum Ausdruck. Die großen Ziele der Militärvereine, Pflege der Kameradschaft, Treue zur Heimat und zum Vaterland möge auch die heutige Versammlung befolgen.

Nach Feststellung der Anwesenheitsliste erstattete der Bezirksdienstleiter, Herr Kamerad Schwerdtner, den Jahresbericht auf die Zeit vom 1. Mai bis 31. Dezember. Ein Verein, Großdöbritzendorf, ist dem Bezirk beigetreten. Der im vergangenen Jahre verstorbene Mitglieder wurde durch Erheben von den Plänen gedacht, auch des verstorbenen Bundesmitgliedes, General Maeder, der für die Militärvereinsstätte und deutsche Bewegung in Großdöbritz gelebt hat. Aus dem Jahresbericht war noch zu erkennen, daß Herr Kamerad Kleinimon zum Ehren-Käffner ernannt wurde. Aus dem vom Bezirksdienstleiter, Herrn Kamerad Große-Großenhain, erststatteten Jahresbericht war zu erkennen, daß der Bericht mit einem sehr erfreulichen Rassestand abschloß. Als Rechnungsprüfer wurden die Militärvereine Wildenau und Raudorf gewählt.

Bei dem Punkt: Bundes- und Bezirksangelegenheiten erstatteten die Herren Kameraden Voigt und Schwerdtner Bericht über die letzte Bundesversammlung in Döbeln. Herr Kamerad Schurig legte den Vereinen den Bezug des Militärvereinsblattes warm an Herz, sprach sich jedoch gegen einen Antrag des Mitgliedes aus.

Eine besondere Ehrung wurde dem Kamerad Herrn August Bellmann-Großenhain zuteil, der mit dem gestrigen Tage 50 Jahre Mitglied des Militär-Vereins 1 Großenhain war. Der Bezirksvorsteher sprach dem Jubilar namens des Bezirks die herzlichsten Glückwünsche aus, stellte ihm als ein Vorbild der Treue hin und wünschte ihm von Herzen, daß er noch lange Jahre frisch und munter dem Verein angehören möge. In Ehren des Jubilars erhoben sich die Kameraden von den Plänen, Herr Bürgermeister Gründer-Großenhain brachte darauf ein Glückwunschschreiben des Präsidiums an Herrn Kamerad Bürgermeister Tauber-Ponitz zur Verleihung, der 27 Jahre Mitglied des dortigen Militärvereins gewesen ist. Auch dieses Kameraden wurde durch Erheben von den Plänen gedacht. Beide Jubilare dankten sichtlich bewegt für die ihnen unterstehende Ehrung.

Herr Kamerad Schurig-Dresden bat dann weiter noch um Unterstützung des neuen Kalender-Unternehmens „Sächsischer Kameraden-Kalender“. Die Gruppe Gröditz hatte den Antrag gestellt, daß das Jahr 1925 wird ein Bundesbeitrag von 10 Pf. pro Jahr und pro neuverzähneltes Mitglied durch einstimmigen Beschuß festgelegt. Es waren bisher 10 bzw. 15 Pf. für das Bierteljahr erhoben worden. Der Antrag wurde nach langer Debatte abgelehnt und ein Antrag Bühlitz, den Bund zu erinnern, die Bundessteuer auf das Mindestmaß einzuziehen, einstimmig angenommen, desgleichen ein weiterer Antrag, die Steuer einheitlich festzusetzen. Der Bundesbeitrag ist bis Ende des zweiten Monats im Bierteljahr an den Bezirksdienstleiter einzufinden. Ein weiterer Antrag der Gruppe Gröditz lautete, die Bezirkssteuer auf 5 Pf. für das Jahr und Mitglied festzulegen. Dieser Antrag fand keine Unterstützung. Dagegen fand der Antrag des Herrn Kamerad Friedrich-Niedeberg einstimmige Annahme, der dahin lautete, die Bezirkssteuer auf 5 Pf. zu belassen, jedoch für das Bierteljahr und Mitglied vom 1. Januar d. J. ab. Ein Antrag Niesau forderte: „Die Mitgliedschaft in einem Militärverein erfordert, sobald Mitglieder sich im Reichsdeutscherenverband anmelden.“ Nach längerer Ausprache wurde der Antrag zurückgewiesen. Es soll jedem Verein überlassen bleiben, wie er sich an dieser Frage stellt. Weiter wurde ein Antrag Niedeberg angenommen, den Bund zu erinnern, bei den behördlichen Stellen dahin zu wirken, die Schwierigkeiten zu beheben, die bei der Mitwirkung von Militärkavesseln bei Versammlungen der Militärvereine entstehen.

Darauf brachte der Bezirksvorsteher zur Kenntnis, daß in diesem Jahre folgende Veranstaltungen in den Militärvereinen stattfinden: Am 22. Februar Feier des 25jährigen Vereins in Merzdorf, am 10. März 25jähriges Bestehen des Militär-Vereins Jäger und Schützen in Großenhain, 10. Mai Rahmenweiche in Steinbach, 17. Mai 25jähriges Bestehen des Militär-Vereins Taucha, 7. Juni Rahmenweiche in Naunhof, 27. und 28. Juni 25jähriges Bestehen und 30jähriges Rahmen-Jubiläum in Niedeberg, 12. Juli 25jähriges Rahmenjubiläum in Bärwalde. Die nächste Bezirksversammlung soll Sonnabend, den 27. Juni, nachmittags 4 Uhr in Niedeberg abgehalten werden. Weiter hatte der Jungdeutsche Orden zu seinem am 11. Februar stattfindenden Konzert eingeladen.

Nach der Berichtsleitung von vier neuen Vereinsvorstehern durch den Bezirksvorsteher erfolgten die Wahlen. Es wurden durch Ausruf gewählt die bisherigen Amtsinhaber Kamerad Voigt als stellv. Bezirksvorsteher, Kamerad Schwerdtner als Bezirksdienstleiter, und Kamerad Burkhardt-Gröditz und Herrmann-Blittersleben als Bezirks-Vorstandsmitglieder.

Herr Kamerad Unger vom Rosshäuser-Bund hielt einen Vortrag über „Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigte“. Er ausführlich erfolgen konnte, wie es der Herr Vortragende gewünscht hätte. In seinen Aussagen legte der Redner dar, daß die allgemeine Kriegsfürsorge auf die Länder und Gemeinden übergegangen sei. Bei den Ländern aber finde man zurzeit einigermaßen Verständnis für die Kriegsfürsorge. Auch bei den Militärvereinen müsse mehr Verständnis dafür bestehen. Es gelte Opfer zu bringen für die, die unter Vaterland beschützen. Die heutige Versorgung der Kriegshinterbliebenen wie der Kriegsbeschädigten sei ungenügend. Es seien folgende Forderungen aufgestellt worden in der Vertreterversammlung in Berlin: die Wiederherstellung des Wirtschaftswertes der Rentenbezieher, eine wesentliche Verlängerung der Frist zur Anmeldung bezüglich der Versorgung als Kriegsbeschädigter; weiter wurde fordert, daß der Inhaber eines Beamtenhabschreibens angeholt werden müsse, nicht könne; die Beibehaltung der Ausgleichsablage sei gefordert, weiter die Erhöhung der Einkommens-Rente. Des ferner sei der Antrag gestellt worden, die wegfallenden Zugaben, Tropen-, Verhältniszulage usw. wieder auszubauen zu lassen und den Unruhestiftern, die über 25 Jahre gedient haben, die Rüschung weSENTLICH herauszugeben, ebenso die Hinterbliebenen-Zugabe. Weiter sollten die Witwen, die heute 30 Prozent erhalten, 50 Prozent Rente und die hinterlassenen Frauen mit heute 60 Prozent 80 Prozent erhalten. Weiter muß der Einkommens-Habent, der Anteil der Kriegshinterbliebenen bei den Behörden mehr ausgeübt werden, nicht nur bei Privat-arbeitsgebern. Die Kriegsfürsorge müsse als Rechtsanspruch angelebt werden, und dazu müßten die Organisationen der Militärvereine mit helfen. Dem Redner wurde allgemeiner Beifall zuteil. Die Wahl eines Obmannes der Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten wurde bis zur nächsten Bezirksversammlung vertagt.

Nach kurzen Erklärungen des Herrn Kamerad Gründer-Niedeberg über das Erholungshotel Lauter und Dankesworte des Herrn Bezirksvorstehernden Gründer-Niedeberg erreichte die Versammlung 14 Uhr ihr Ende. (Dr. Tgbl.)

Bildungsmittel Dr. Kaiser über Schulfragen

Gelegentlich eines Unterhaltsabends der Deutschen Volkspartei in Pirna ergriff auch der Bildungsmittel Dr. Kaiser das Wort zu einer längeren Ansprache, in deren Verlauf er auf die augenblicklich sehr aktut gewordene Schultagungen in Sachsen zu sprechen kam. Der Minister ging zunächst auf die großen Aufgaben ein, die der deutschen Jugend in den nächsten Jahren und Jahrzehnten warten und deren Lösung ein hartes Geschlecht erfordere. Wenn wir diese Aufgaben betrachten — so führt der Minister aus —, so ist es klar, daß dem Kind in der Schule nicht nur das auf den Lebensweg geben werden müsse, was es liebt, sondern auch was es braucht. Die eine Hälfte des Volkes lebt in ihrem Urteil seit Jahren der sächsischen Schule durchaus abweisend gegenüber, die andere Hälfte heißt sie durchaus gut. Hier müsse eine Klärung erfolgen. Das Kultusministerium habe deshalb die in diesen Wochen die so viel umstrittene Denkschrift herausgegeben. Das Ergebnis der Feststellungen dieser Denkschrift zeige nun, daß manche Beurteilungen weiter Kreise übertragen seien, es zeige aber auch, daß manche Beurteilungen durchaus nicht zu Unrecht befehlten.

Der Minister erklärt dann, daß man nicht übersehen dürfe, daß seit einigen Jahren eine gräßliche Lebendigkeit über die Kinder in den Schulen gekommen sei, daß diese Lebendigkeit aber auch manche Rechte mit sich bringt. Ihm, dem Minister, käme bei dieser Lebendigkeit manchmal eine Szene aus Reiters Werken in den Sinn, wo nämlich der sterbende Bräutigam auf dem Totenbett seinem Freunde erklärt: „In der Richtigkeit warst du mir über, aber in der Richtigkeit war ich dir über.“ Es liegt die Gefahr vor, daß die Schule zugunsten der Lebendigkeit weniger Wert auf das stoffliche Wissen, vorunter Lesen, Schreiben, Rechnen usw. zu verleihen sei, lege. Es habe sich gezeigt, daß gerade auf diesem Gebiete manche Mängel vorhanden seien. Diese Vernachlässigung stofflichen Wissens habe aber der Schule starke Feindseligkeit eingebracht. Der Minister riet dann darauf hin, daß die Ergebnisse der Denkschrift nicht nur von den Lehrern, sondern auch bei den Verhandlungen im Volkstage nicht beachtet werden sollen. Wenn die Dinge so liegen, wozu aber der Raum, der jetzt erhoben wird, warum die Furcht, daß der reaktionäre Kultusminister das ganze Schulwesen verstimmt? Es liegt daran, daß man die Gründe und das Ziel des Kultusministers bestreitet. Die Hauptfalle für mir ist jedoch nicht die Mängel festzustellen, sondern die Abhilfe der Mängel.

Der Minister betonte dann, daß es unbedingt nötig wäre, eine gewisse Einheitlichkeit des Unterrichts und der Ausbildung in den Volksschulen des Kreistages zu erzielen eine Fortsetzung, die bis schon durch das Übergehen mancher Kinder von der einen Schule auf die andere erzielt. Diese Einheitlichkeit sei jedoch augenblicklich nicht vorhanden. Es müsse daher die staatliche Schulaufsicht die Einheitlichkeit, der heutige der übergrößen Subsistenzkosten vieler Lehrer entgegenstehe, wiederherstellen. Die Leitungen der Bezirkshauptleute seien bei ihren überproßen Beurteilen dazu einfach nicht in der Lage. Die Anstellung einer größeren Anzahl von Schulräten gestatte die schlechteste Ausbildung nicht. Das Kultusministerium sei daher auf den Ausweg gekommen, den Schulräten helfen aus Schwerpunkt zur Verfügung zu stellen. Es müsse doch von den Lehrern überzeugt werden, daß ihnen hier auch außerhalb ihrer Tätigkeit Gelegenheit zur Belästigung gegeben werde. Der Minister betonte dann noch, daß er besondere Wert darauf lege, daß die Kinder in der Schule zu Vaterlandsliebe und Nationalverbundenheit erzogen würden. Am überlegen dürfe man nicht vergessen, daß wir eine Auswanderung hätten und daß der Staat mit dem Jungen aus die Pflicht zu einer gründlichen Ausbildung und Erziehung übernommen habe. Pflicht des Staates sei es auch, den Nachwuchs des Volkes zum Staatsbehinderten Gedanken zu erziehen.

Weiterhin ging der Minister noch auf die Frage der Technischen Hochschule ein. Die Ausredekunst der Technischen Hochschule sei eine der größten Aufgaben, die wir

lebt hätten. Der Minister verwies dabei auf die amerikanische Konkurrenz, die für ihre Technischen Hochschulen ungewöhnliche Summen, an die bei und gar nicht zu denken sei, ausweise. Die amerikanische Industrie halte sich an ihren technischen Instituten die besten Köpfe, um die Geheimnisse unserer chemischen und Glasindustrie usw. zu erforschen. Es liege die Gefahr nahe, daß wir durch die schwere Kriegs- und Nachkriegszeit gegenüber der amerikanischen Industrie zurückgedrängt würden. Man müsse sich daher mit allen verfügbaren Mitteln für die Technische Hochschule einsetzen und den Mangel an Finanzkraft durch eine gründliche Worbildung der Studentenschaft auszugleichen suchen. Dafür sei ein Hauptherdordernis, ein Verständnis zwischen Volks- und Hochschule herbeizuführen, das bisher noch sehr zu wünschen übrig liege.

Die akademische Jugend.

Dr. Bei der Akademiker-Tagung der Deutschen Volkspartei bat der Reichsbauminister Dr. Stresemann eine bedeutende Rede gehalten, die sich besonders an die akademische Jugend richtete. Er ging aus von der gegenwärtigen Unstimmigkeit und Auseinandersetzung, die unsere revolutionäre Zeit in Gegenwart stelle zu der Nachkriegszeit der letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts; damit hätte die Jugend geste Schenken für die Heldenverehrung gehabt, während sie sich jetzt den Weg selbst suchen müsse. Auf der einen Seite liege das Extrem des Sozialismus, der als eine Massenbewegung die Angehörigen der anderen Volkschichten von sich abstoßen habe, auf der anderen Seite das Extrem des hohen und veräußerlichen Nationalsozialismus. Dr. Stresemann ermahnte die Jugend zur Staatsbehauptung, zur Selbstüberwindung durch Mitarbeit unter Opfern; Kampf um die Staatsform wäre jetzt Pugil. Er warnte eindringlich vor Erstarrung in unslogalem Denken, in Egoismus, Stolz und Nachlässigkeit. Man müsse auch taktische Anhänger erkennen und dürfe nicht übersehen, daß der starke geistige Einfluß südlicher Kreise nur auf dem besonderen Interesse der Juden an allen geistigen Strömungen beruhe. An der Art, wie Dr. Stresemann den Idealismus und die Allgemeinbildung dem vagen Nachwissen entgegenstellt, gibt er etwas von seinem eigenen Wesen tun; denn er selbst hat stets seiner Überlastung mit Tagesarbeit doch noch die intensive Beschäftigung mit der ständigen Literatur, besonders mit Goethe, abgerungen. Und wie er den äußeren Schein gering schätzt und die Duldsamkeit gegenüber allen praktisch Tüchtigen preist, zeigt er sich als der innerlich liberale Mann, der er immer war. Bewußt Unrecht hat ihm die Linke getan, wenn sie aus der Parteitaktik des letzten Jahres auf einen Beifall in der Geistesrichtung Dr. Stresemanns schloß! Auf jener Seite ist der enge Fraktionsschizont, auf dieser die freie Denksart zu finden. Nun wird man von rechts her vielleicht wieder den Führer der DVP. als zu liberal empfinden. Aber das ist gar nicht das eigentliche Problem. Wir zweifeln nicht daran, daß alles, was Dr. Stresemann in Dalle gesagt hat, durchaus richtig ist; nur darüber kann man streiten, ob die Jugend für ein verständiges Banden in der Mitte zu gewinnen sein wird. Sie hat seit je zum Radikalismus und zur Opposition gegen die ältere Generation geneigt, der am angestrebten auch der so frisch empfundene Stresemann sich gewöhnen muß. Freilich soll man die Jugend auch nicht zu Ernst begegnen nehmen und ihr nicht immer vorhalten, daß auf ihr die Zukunft des Vaterlandes beruhe. Bis es soweit ist, hat sich der gähnende Platz gelöst und der Radikalismus der Gedanken an dem harten Aloy der Tatachsen abgeschafft. Vollkommen recht muß man Dr. Stresemann geben, wenn er die Jugend von heute, die sehr zum Praktischen und Technischen neigt, an die hohen idealen Werte der Geistesfultur erinnert. Das ist ein „praktischer Antisemitismus“, der hoch über die Hafentrenzer steht. Nicht schmitten und schlagen, sondern geistig übertriften!

Die Leistungszulage bei der Reichsbahn-Gesellschaft

vda. Berlin. Die Reichsbahnbefolgsordnung von 1920 ist auf die Bedürfnisse der Regimentsverwaltungen ausgestimmt, hat sich aber wie uns von außändiger Stelle bestätigt wird, für die Betriebsverwaltung der Reichsbahn nicht als geeignet erwiesen, da für einen solchen Betrieb die Zusammensetzung der gesamten Befolgsung in dreizehn Gruppen auf die Dauer unerträglich ist. Im Eisenbahngesetz ist deshalb die Möglichkeit gegeben worden, bis zu fünf Prozent des Gesamtbetrages der Beamtenbefolgsung zu besonderen Zulagen zu verwenden. Die Umwandlung der Reichsbahnen in einen rein wirtschaftlich verwalteten Betrieb hat es nun mit sich gebracht, daß ein Anreiz geschaffen werden muß, um von den Beamten über das übliche Maß der bloßen Pflichterfüllung hinaus möglichst große Leistungen zu bekommen. Soll der Betrieb wirtschaftlich arbeiten, so muß er auch Spitzendienste erzielen können. Daher soll bemühten, der eine bestimmte Arbeitsleistung mehr vollbringt, eine Leistungszulage gegeben werden. Diese Zulagen werden aber nicht auf die Dauer gewährt, sondern werden gegebenenfalls alle drei Monate erneut angewiesen, und niemand weiß, ob er sie für die Dauer bezahlt.

Von der mangelhaften Bezahlung der Reichsbahnbeamten, die durch den Übergang aus der Inflationszeit zu den Goldbezügen herzuleiten ist, darf sich auch die Reichsbahn nicht zu weit entfernen, sondern muß im Rahmen der allgemeinen Reichsbahnbefolgsung ihre Gehälter halten. Der Vorwurf, daß die Leistungszulagen an die unrichtigen Stelle gegeben seien, kann nach der Aussicht der erwähnten Stelle nicht als begründet angesehen werden. Ein Sechstel des Personals aller Gruppen erhält diese Bezahlung; die Wirkung ist tatsächlich in einer Steigerung der Leistungen wahrnehmbar. In der Privatindustrie wird auch nach Leistungen gezahlt, auch bei den Arbeitern. Die Reichsbahn ist ein Separationsinstrument, das jährlich sechshundert Millionen abwerfen soll. Die Reichsbahn muß also wirtschaftlich arbeiten, aber sie hat keineswegs zu große Summen für die Leistungszulagen ausgeworfen. Diese machen vierfachjährlich nur vier Millionen aus, das macht 0,8 Prozent, wenn diese Summe für eine allgemeine Gehaltsverhöhung ausgegeben würde. Die oberen Beamten sind nur mit 0,9 Prozent an dieser Gesamtsumme beteiligt.

Insgesamt dienen jährlich sechzig Millionen, fünf Prozent der Gehaltsbefolgsung, dafür verwendet werden und davon sind bisher sechzehn Millionen verwendet worden, aus Jahr berechnet. Daß die Zulagen nach Gruppen abgestuft werden, ist eine Selbstverständlichkeit, da bei einem Gehaltsentkommen von vier bis fünftausend Mark eine Wettjahrszulage von einhundertzwanzig Mark für die Familiengesamtheit des Beamten anders wirkt als etwa bei einem Entkommen von 1500 Mark. Die Zulagen sind so gebaut, daß auf das Jahr berechnet, die Befolgsungsgruppen 1 bis 2 120 Mark, die Gruppen 3 und 4 180 Mark, 5 und 800 Mark, 7 und 8 440 Mark, und Gruppe 9 800 Mark erhalten. Bei den oberen Beamten ist die Ziffer von 1200 Mark nur in zwei Ausnahmefällen überschritten worden, die Grenze ist also 1200 Mark. Der Generaldirektor bezahlt nur ein Viertel von dem, was in Berlin für Direktoren von Konzernen üblich ist. Ferner werden Dienstaufwandsentschädigungen gegeben, die eine Privatgesellschaft nicht entbehren kann, wenn sie mit anderen gleichartigen Industrie-Gesellschaften Schrift halten will.

Endlich müssen die Beamten aus Sonderzulagen, die von tausend bis zu zweihundert Mark herunter abgezinst sind, ihren gesamten Dienstaufwand decken.

Politische Tagestbericht.

Die Denkschrift über die Rhein- und Ruhrkreide wird vorzugsweise am Mittwoch des Reichstagtagung zugehen. Ihr sind eine Reihe von Dokumenten über die Vorgeschichte dieser Kreide beigegeben.

Griechenland zieht die Jahresliste 1925 ein. Aus diesen wird gemeldet, daß das Kriegsministerium die Jahresliste 1925 an den Bahnen einzog. Ein General erklärte: Der griechisch-türkische Zwischenfall sei zu begreifen, da Griechenland aus seiner gefährlichen Schlafheit aufgerüttelt werde.

Hauptvorstandssitzung der Demokratischen Partei. In der geistigen Sitzung des Hauptvorstandes der Demokratischen Partei erstattete der Parteivorsitzende Koch-Weser Bericht über die politische Lage und begründete die Haltung der Reichstagfraktion zum Kabinett Luther. In der anschließenden Ausdrucksrede wurde das Vorgehen der Reichstagfraktion genehmigt.

Die griechisch-türkische Spannung. Die Türkei hat den griechischen Patriarchen aus Konstantinopel ausgewiesen lassen. Das griechische Volk hat sich daraufhin eine sehr starke Erregung demächtigt, die ihren Niederschlag in einer Reihe demonstrativer Maßnahmen findet. So sind beschäftigte Transportenlaufräume aufgehoben worden, nach Angora an den Haager Gerichtshof und den Völkerbund. Den Patriarchen selbst hat man überall demonstriert. Rechtlich dürfte gegen diese Ausweitung nicht allzuviel eingewendet werden können. Im Zusammenspiel hat sich die Türkei dieses Ausweitungsberecht vorbehalten und zwar im Zusammenhang mit der Umstellung griechischer und türkischer Befestigungen beiderseits und jenseits der neuen Grenzen. So ist denn eine internationale Intervention wenig wahrscheinlich. Die Türkei kann sich außerdem darauf berufen, daß die Trennung von Staat und Kirche vorgenommen ist, daß das islamische Oberhaupt selbst nicht gerade freundlich behandelt wurde und daß der Patriarch für sie nichts anderes ist als ein den Vertrag bestimmungen unterworfer Privatmann. In der Lösung aller dieser Fragen ist die Angora-Regierung durchweg sehr scharf vorgegangen.

Ein merkwürdiger Eisenbahnskandal. Im Preußischen Landtag haben die Deutschnationalen Abg. Gaet-Anklam und Dr. Kähler-Greifswald folgende kleine Anfrage eingereicht: Am 1. Februar wurde auf der Station Platos auf dem D-Zug 2 aus dem vorletzten Wagen neun Reisende durch Schupo-Beamte während eines Fahrplanmäßigen Aufenthalts von zwei Minuten zur Fahrt und Verdächtigung herausgeholt. Auf dem Bahnsteig standen 20 Schupo-Beamte und eine größere Anzahl Kriminalbeamte in Zivil. Der Stationsbeamte ließ den Zug fahrplanmäßig abfahren. Eine Revision fand nicht statt. Die auf Einsicht angebotene Falle wurde nach der Vorstellung des dritten Passes ohne Prüfung zurückgewiesen. Mehrere der aus dem Zug entlassenen Reisenden hatten in ihm Nebenzucker, Süßigkeiten, Bücher, Decken u. dergl. zurückgelassen. Auf die Frage, weshalb diese finstne Gestaltung die neuen Reisenden von der Weiterfahrt ausschließe, während alle anderen Fahrgäste weiterfahren durften, wurde folgende Auskunft vom Grenzkommissar Platos erteilt: Die Revision habe bis zum 31. Januar Mittwoch durch Kriminalbeamte stattgefunden, die im Besitz von dienstlichen Fahrtkarten gewesen seien. Mit dem 1. Februar habe die Reichsbahngesellschaft diese Fahrtkarten mit sofortiger Wirkung eingezogen. Hierdurch sei ein Streit zwischen der Reichsbahngesellschaft und dem preußischen Inneministerium entstanden. Der Grenzkommissar habe die dienstliche Anweisung erhalten, die Reisenden aus dem D-Zug herauszuholen, wogegen Reg.-Rat Kühner-Frankfurt a. O. (Direktion Ost) dem Stationsvorstand Platos am 1. Februar befohlen habe, den D-Zug trotz Revision pünktlich fahrplanmäßig abfahren zu lassen.

Überbürgermeister Dr. Jarres in Duisburg übernahm gestern wieder die Zeitung der Stadtverwaltung. Dr. Jarres dankte für die ihm seitens der Bürgerschaft, der städtischen Beamten und der Angestellten entbotenen Willkommensgrüße und den feierlichen Empfang.

Die Strafe für Fechenbach herabgesetzt. Wie der Landeskonsistorialrat des Süddeutschen Korrespondenzbüros auf Erkundigung an auständiger Stelle erfuhr, sind vom bayerischen Justizministerium die Strafen für die seitens der Landesvertrags vereinbarten Fechenbach, Gargas und Lemke herabgesetzt worden. So wurde die Zuchthausstrafe für Fechenbach von 11 Jahren auf 3 Jahre 6 Monate, die Zuchthausstrafe für Gargas von 12 Jahren auf 3 Jahre 10 Monate und die Zuchthausstrafe für Lemke von 10 Jahren auf 3 Jahre 2 Monate herabgesenkt. Der im Zusammenhang mit diesen Strafen gegen die genannten ausgeübten Gewalttaten der bürgerlichen Ehrengilde bleibt bestehen.

Massenentlassung in einer Pariser Motorenfabrik. Die bei Paris gelegene Motorenfabrik Salouen, die hauptsächlich Auto- und Flugzeugmotoren herstellt, hat heute auf Antrag ihres Auftragnehmers ihre gesamte Arbeitschaft, 2000 Personen, entlassen. Die Fabrikleitung erklärte, sie habe zwar von der französischen Regierung einen Auftrag auf 50 Motoren von 200 PS erhalten; doch sei der notwendige Vorstoß von 1600000 Fr. auf diese Bestellung noch nicht geleistet worden.

Der bayrische Ministerpräsident Dr. Held ist nach der Rückkehr von seiner Reise an einem Grippeanfall leicht erkrankt und konnte daher seine Dienstgefäße noch nicht wieder aufnehmen. Staatsminister Dr. Platt trifft heute abend wieder in München ein.

Railius als Gefangener. Wie die Times aus London meldet, ist Railius als Gefangener auf Bestung Abt el Krimis nach Schlesien gebracht worden.

Der Alkoholschmuggel in Amerika. Viele Pariser melden aus Washington, daß das Staatsdepartement für die Justiz 282 ausländische Schiffe festgelegt hat, die sich mit der geheimen Einführung von alkoholischen Getränken nach den Vereinigten Staaten beschäftigen. Von diesen Schiffen sind 807 englischer, 10 norwegischer und 4 französischer Nationalität.

Deutsche Vertretung von Kriegerfriedhöfen in Frankreich.

Berlin. Im gegenseitigen Einverständnis der deutschen und der französischen Regierung hat der Direktor des Centralnachweisamtes für Kriegerverluste und Kriegergräber, Geheimer Oberregierungsrat Hornig, eine größere Anzahl deutscher Kriegerfriedhöfe in Frankreich bestimmt. Die von den Franzosen aus wirtschaftlichen Gründen vornehmen Umbettungen sind nahezu beendet. Die Toten ruhen jetzt mit wenigen Ausnahmen auf dem endgültigen Friedhof. Auf jedem einzelnen Grab steht dort, soweit die deutschen Grabzeichen belassen, oder mit der Umbettung mitgenommen sind, ein schwarzes Holzkreuz, das den Namen oder sonstige Personalaufgaben enthält. Schablonen-Holzkreuze werden fortlaufend erlegt. Die Frage, ob an Stelle der Holzkreuze von der französischen Regierung dauerhafte Grabstellen gelegt werden sollen, wird zurzeit von den zukünftigen französischen Behörden geprüft. Auf den etwa einen Meter hohen rechteckigen Massengräbern werden große Tafeln mit den festgestellten Namen errichtet. Im allgemeinen zeigen die bestückten Friedhöfe, soweit sie bisher in Stand gesetzt werden konnten, ein gutes Aussehen und sind ordentlich unterhalten.

Bundesausschuß des Reichstags.

Fortsetzung unseres gestrigen Berichts.)
vda. Berlin. Abg. Gilbemelitz (D. B.) meinte, daß dem Reichskanzler gegenüber dem Friedensvertrag und dem Dawesplan besondere Ausgaben erwähnen, u. a. die der Verbündung der Abteilung des Verkehrs nach fremden Konkurrenzmarken. Wenn das Verkehrsministerium nun mehr im wesentlichen die Wasser-Straßen-Verwaltung ausübe, so sei erforderlich, daß es in Ausführung des Artikels 97 des Reichsvertrages zu einer Reichsverwaltung kommt. Trotzdem Deutschland im Zusturkverkehr durch das Londoner Ultimatum Beschränkungen auferlegt erhalten habe, müsse es alles tun, um seine zentrale Lage für diese Verkehrsart zur Geltung zu bringen.

Nomenn. Vorsitz des Deutschen Volkspartei hieß Abg. Eng. Herding vier Forderungen auf: 1) die Übertragung der staatl. Schlepperei auf dem Mittellandkanal soll an eine gemeinschaftswirtschaftliche Gesellschaft unter Beteiligung des Reichs vergeben werden, 2) möchte er die Erhöhung des für den Ausbau des Lippeleitenskanals eingesetzten Betrages von 12 auf 30 Millionen Mark, 3) daß vor Beginn des Ausbaus des Mittellandkanals der Reichstag beuglich der Vierfußfahrt nochmals geholt wird, und 4) beschleunigte Errichtung der dritten Schleuse bei Münster-Westfalen.

Abg. Schumann (Soz.) betonte, begünstigt des Autoversuchs müsse alles getan werden, um die drohenden Verhinderungen zu beseitigen.

Abg. Schäg (Komm.) verlangte u. a. Abstand der Betriebsorganisationen im Bereich der Verkehrsverwaltung.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) wünschte sorgfältige Prüfung des vorliegenden Bedarfs des Ministeriums und meinte, daß die Bahnkommissionen, die der Versailler Vertrag eingesetzt hat, die Arbeit des Ministeriums hemmen könnten.

Abg. Leicht (Bsp.) hielt es für notwendig, daß die Hoheitsrechte der Länder auch in den Fragen des Verkehrs genügend berücksichtigt werden. Was den Kraftverkehr angeht, so sei damit ohne Zweifel eine starke Abnahme der Landstraßen verbunden, sobald es notwendig sei, den Gemeinden und Ländern eine ausreichende Steuer zu gewähren. Nachdem Abg. Dr. Cremer (D. B.) noch auf die besondere Gefahr für die Wehrschiffahrt hingewiesen hatte, die dieser durch volkliche Vernachlässigung des Fließbetriebes drohte und Minister Dr. Krothe eine kurze Erwidерung gegeben hatte, vertagte sich der Ausschuss, um heute die zahlreich vorliegenden Anträge zur Abstimmung zu bringen.

Verband Sächsischer Industrieller.

Die Ortsgruppe Dresden des Verbandes Sächsischer Industrieller hielt am 28. Januar ihre 12. ordentliche Hauptversammlung ab, die von dem Vorsitzenden, Herrn Julius Seydel, mit einer Begrüßungsansprache eröffnet wurde. Die Versammlung gedachte sodann der seit der letzten Hauptversammlung verschiedenen Vorstandsmitglieder, der Herren Geb. Kommerzienrat Marwig, Direktor Dr. Luther, Stadtrat Hartnick, durch Erheben von den Ehren.

Abstand gab der Sitzifikus des Verbandes, Herr Dr. Johannes Märk, einen Überblick über die geschäftliche Tätigkeit der Ortsgruppe, die sich im Rahmen des Verbandes und der Sächsischen Industrie interessiert. Selbstverständlich spielten Steuerfragen dabei eine große Rolle. Auch die Versorgung der Industrie mit Kraft und Strom, Beförderungen über Verbindung von Bergwerksanlagen durch das Verkehrsamt, gaben der Ortsgruppe Anlaß, tätig zu werden. Weiter wurden Vorträge über eine Reihe interessanter Fragen veranstaltet.

Abstand fand der Sitzifikus des Verbandes, Herr Dr. Johannes Märk, einen Überblick über die geschäftliche Tätigkeit der Ortsgruppe, die sich im Rahmen des Verbandes und der Sächsischen Industrie interessiert.

Den ersten Vortrag hielt der Reichsbeauftragte des Verbandes, Herr Reichsanwalt Dr. Samson, über die „Industrie und Aufwertungsfragen“. Er gab einen geschäftlichen Überblick über die Entwicklung der Geldentwertung und ihrer Folgen sowie eine Darstellung der Rechtsprechung und der Gesetzgebung auf diesem Gebiete bis zur 3. Steuernotverordnung und ging sodann zu der Frage über, welche Steuerannahme die Industrie gegenüber den vielseitigen Wünschen der an der Aufwertungsfrage beteiligten Kreise einnehmen müsse. Der Vortragende wies darauf hin, daß die Frage sowohl des Aufwertungsfaches als auch die Frage der Auswahl der aufzuwendenden Forderungen nicht allein wie bisher von der Gläubigerseite aus betrachtet werden darf, sondern dies vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft aus gesehenen müsse. Die 3. Steuernotverordnung sei nicht deshalb zu bekämpfen, weil zu niedrige oder zu hohe Aufwertungsfälle bestimmen seien, sondern weil die Verordnung in der Auswahl der bevorzugten Gläubiger und den nachstelligen Schuldner in höchstem Maße ungerecht sei. Allein die Kapitalgläubiger hätten es erreicht, mit 15 Prozent bevorrechtet zu werden, während die Spar- und Kapitalgläubiger mit Rücksicht auf die geringe Teilungsmasse wahrscheinlich mit einem Prozentsatz von 2 oder höchstens 3 Prozent abgetreten würden. Die Gläubiger des Staates, der Länder und der Gemeinden dagegen müssten es sich gefallen lassen, daß ihre Forderungen gestrichen würden. Bei einer Neuregelung der Aufwertungsfrage, die Mitte Februar zu erwarten sei, müsse zu allererst eine gerechte Abwendung gefordert und ferner verlangt werden, daß nicht allein an den anerkannten wertmoralischen und ethischen Grundsätze berücksichtigt würden, sondern vor allem die Interessen der gesamten Volkswirtschaft und damit des gesamten Volkes.

Darauf erhielt Herr Postrat a. D. Dr. Roscher-Berlin das Wort zu seinem Vortrag über das Thema: „Handels- und Weltwirtschaft.“ Er führt aus: Die Intensivierung der Handels- und Weltwirtschaft ist vor allen Dingen auf die Verwaltungskompetenz der Nachrichtenmittel zurückzuführen. Als besonderer Fortschritt ist das Funkwesen zu bezeichnen. Im Vergleich zur Übermittlung von Nachrichten durch Kabel hat das Funkwesen zwar die höheren Maße atmosphärischen Störungen ausgesetzt zu sein und weniger die Gehemmung der übermittelten Nachrichten zu ermöglichen. Demgegenüber aber hat der Funkdienst eine große Anzahl weitreichender Vorteile. Diese sind in den geringen Kosten der Anlagen, der Vermeidung von Umliegeberührungen und insbesondere der Funkalarmierung, d. h. der Möglichkeit, die Nachrichten an beliebig viele Empfangsstellen auf einmal gelangen zu lassen. Insbesondere für Deutschland sind diese Vorteile von großer Bedeutung, da ihm mit dem Friedensvertrag von Versailles seine Überseeleitungen genommen wurden. Die größte Förderung erhält zurzeit das Funkwesen durch die Arbeitsgemeinschaft der vier größten Weltfunkgesellschaften in Deutschland, England, Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich. Es ist zu unterscheiden zwischen Dienstfunkdienst und Rundfunkdienst. Während der Dienstfunkdienst besonders für die Tätigkeit von Einzelgeschäften Verwendung findet, dient der Rundfunk besonders der Übermittlung von Massen Nachrichten. In dieser Eigenschaft hat er die größte weltwirtschaftliche Bedeutung. Er trägt zur Marktweiterleitung und damit zur Preisausgleichung und Preissenkung, zur Produktionsbedienung und Förderung des Handels, zur Ausbildung des Weltmarktes und zur Sicherung des Weltmarktes.

zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in jedem Stabe. Insbesondere sind noch zu erwähnen der Zeitungsdiensst, der Kunstmuseum, der Presse und Verlag, der Wirtschaftsrundfunk mit seinen Börsen- und Wirtschaftsnachrichten. Der Kunstmuseum hat in einem Jahreszeit einen Aufschwung erfahren, zu dem die Drahttelegraphie 100 Jahre benötigte.

An den interessanten Vortrag schloss sich noch eine Diskussion, die sich auf verschiedene Punkte erstreckte und zum Teil interne Fragen der Ortsgruppe Dresden betraf.

Internationale Bergarbeiter-Konferenz.

Hannover. Die geplante Sitzung des Comités der Internationalen Bergarbeiterföderation wurde unter dem Vorstoss des Engländer Smith abgehalten. Es wurde folgender Beschluss gefasst: Das Internationale Bergarbeiterkomitee nimmt Kenntnis von dem vorgelegten Bericht der deutschen Delegation über die Auswirkung des Dawes-planes, in dem erläutert wird, daß der Dawesplan gegenüber dem früheren Zustand des wirtschaftlichen, politischen und militärischen Anwands keinen Fortschritt darstellt. Das Internationale Bergarbeiterkomitee empfiehlt den Bandesorganisationen, die Wirkungen des Dawesplanes weiter zu studieren, und fordert sie auf, darüber einen schriftlichen Bericht einzurichten, damit die nächste Komiteesitzung dazu Stellung nehmen kann.

Herner wurden Lebensfragen der Bergarbeiter besprochen, da in allen Ländern die Lebensbedingungen der Bergarbeiter verwandter Natur seien. Die Wahl des 1. Verbandssekretärs unterblieb; seine Stellvertretung hat Cook behalten. Über die Entsendung einer Delegation nach Australien wurde kein Besluß gefasst. Mit einer Beschlusssitzung der Altkommunisten Ronneburg schloß die Tagung.

Wieder die soziale Lage der Bergarbeiter wird u. a. ausgetragen: Man kann im deutschen Bergbau erfreulicherweise den Rückgang im Gewerbeleben als überwunden betrachten. Gegen beständigen Widerstand gelang eine Erhöhung des Lohnes, Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Kohlenzeiten und neben anderem die Erhaltung der tariflichen Siebenstundensicht. Widrige Umstände können die Bewegung wohl hemmen, aber niemals zum Stillstand bringen. Die Regierungen können an den Förderungen und Wünschen einer wiedererstärkten Bergarbeiterbewegung nicht achtsam vorübergehen. Weiter wird ausgeschaut: Auf dem eingesengten Absatzmarkt nimmt der starke Konkurrenzkampf leicht Formen an, bei denen auch die Bergarbeiterföderation großen Schaden leidet. Diese Tatsache sollte der Bergarbeiterinternationale Veranlassung geben, mit vermehrtem Eifer an der Ausarbeitung der ersten internationalen Regelung der Kohlenwirtschaft unter Teilnahme der Bergarbeiter zu wirken. Die Verwirklichung dieses Ziels würde eine sinnvolle Ergänzung des Dawes-Plans bedeuten. Seine Fakten hemmen wohl den sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft, hindern ihn aber nicht. Die deutschen Bergarbeiter sind bereit, an dem Aufbau des Werkes des Friedens mitzuwirken.

Die Hypothekengläubiger beim Reichsfinanzminister.

Berlin. Vorstand und Schatzkammer des Hypothekengläubiger und Sparer-Schuhverbandes für das Deutsche Reich wurden gestern vom Reichsfinanzminister Dr. v. Schlieben in eingehender Aussprache über die Aufwertung gesprochen. Außer der großen ethischen Bedeutung der Aufwertungsfrage wurde hervorgehoben, daß eine Aufwertung die geschwundene Arbeitskraft weiter Waffen wieder aufrichten, Arbeitslosigkeit beseitigen und Handel und Industrie wieder beleben würde. Die individuelle Aufwertung nach dem bekannten Reichs-Gesetzentwurf bringt Gläubigern und Schuldner Gerechtigkeit, und sei infolge ihrer Kupferung

Die Erben von Hohenlinden.

Roman von Fr. M. W. White.

26. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Graf Tarnow hatte sich nach seiner abendlichen Unterredung mit Gentiner sogleich in die ihm von der Gräfin angewiesene Zimmer zurückgezogen, hatte noch eine Flasche Wein geleert und war dann in einen ohnmächtigen Schlummer gefunken, aus dem er erst um die Mittagszeit des folgenden Tages erwachte. Mit Walters Hilfe kleidete er sich an; aber er begab sich zum Essen nicht hinunter, sondern setzte sich an ein Fenster, von dem aus man die gesamte Schlossanlage übersehen konnte, und starrte mit benommenem Kopf hinaus.

So saß er Stundenlang — ohne etwas anderes zu genießen als schweren französischen Wein. Die Gräfin schickte am Nachmittag Walter zu ihm hinauf und ließ ihn bitten, zum Kaffee hinunterzukommen; aber er wehrte nur ungeduldig ab und verharrte in seiner müden Inaktivität.

Da öffnete sich behutsam die Tür, und Margarete trat leise zu ihrem Vater.

„Wie geht es dir?“ fragte sie, während sie sich über ihn neigte. „Kann ich irgend etwas für dich tun?“

„Nichts, nichts, mein Kind! — Es geht mir nicht gut. Über es wird besser werden. — Sage mir — hast du etwas von Slawik gehört?“

„Rein, Vater!“

„Aun, ich habe aber andere Neuigkeiten, die — die nicht gut sind,“ fuhr Margarete fort. „Wenn du dich stark genug fühlst.“

„Ja, ja. — Was hast du mir mitzuteilen?“

Margarete wiederholte ihm nun, was ihr Rudolf Gentiner über den Erben von Hohenlinden gesagt hatte. Sie verfuhr dabei so schonungsvoll wie möglich; ihr Vater aber nahm die Nachricht viel gelassener auf, als sie befürchtet hatte. Möglicherweise er nun zu gebrochen sein, um überhaupt einer starken Erregung füglich zu sein — jedenfalls legte er eine erstaunliche Ruhe an den Tag.

„Wir werden auch das tragen müssen!“ sagte er. „Es ist freilich surchbar. Denn wenn jener Alfred Niedenzin wirklich der ist, für den er sich ausgibt — und wir dürfen ja leider kaum daran zweifeln — und wenn er jetzt mit seinen Anprüchen hervortritt, so bin ich außerstande gezeigt, meine Schulden zu bezahlen. Und die Folgen sind unabsehbar. — Für dich aber wäre die Wendung nur gut. Denn du brauchst ja dann —“

Er vollendete nicht, denn im letzten Augenblick mochte ihm wohl zum Bewußtsein kommen, daß er im Begriff war, etwas für ihn Schamhaftes auszusprechen. Und ihr Zwiegespräch wurde zudem in diesem Augenblick unterbrochen. Ein Diener überbrachte eine Karte, mit dem Beuteut, daß der Herr dem Herrn Grafen seine Aufwartung zu machen wünsche.

Die Karte aber, in deren Ecke eine Krone prangte, trug den Namen „Graf Alfred Niedenzin“.

„Ist etwas mühsam erhob sich Tarnow.“

„Ich werde ihn entpanzen.“ lachte er und bedachte

an die Entlastungsfähigkeit des Schuldners wirtschaftlich immer tragbar. Die Hypothekengläubiger erklärten sich bereit, für die notwendigen Betriebsmittelkredite die erste Stelle im Grundbuch bis zu 10 Prozent des Webabeitrages freizumachen. Über die Veräußerung und die Verhandlung der Rechte haben vor dem Minister eingesetzte Vorstände unterbreitet, deren Hochrechnung zugestellt wurde.

Rampspause um Shanghai.

Shanghai. (Menter.) Die kleinen militärischen Führer schlossen ein Abkommen über eine Entmilitarisierung Shanghai. In dem Abkommen wird festgelegt, daß ein Befehlshaber für Shanghai ernannt werden soll und daß die Handelsfamilie von Wulung die Waffen aller Truppen, die in wenigen Tagen von Shanghai weggezogen werden sollen, übernehmen soll.

Herrichts-Versuch bei den Volksarten.

Genf. Wie der „Temps“ meldet, hat Volnacar dem Ministerpräsidenten Herricot am Donnerstag einen Besuch abgestattet. Gleicherweise meldet der „Matin“, daß die Volnacar-Gruppe im Senat ihre Interaktionen gegen die Regierung aufgenommen habe, und zwar aus Dankbarkeit für die mutigen Worte (1), die der Ministerpräsident für die „französische Befreiungsgrenze“ gefunden habe.

Ausbildung der Verpflichtungen des Vermessungskongresses.

Wbd. Berlin. In den Räumen der Preußischen Staatsbibliothek (Verbandung) wurde am 31. Januar unter der Firmierung „Treuhand-G. m. b. H.“ eine Treuhand-Gesellschaft gegründet, die den Arock hat, die Verpflichtungen des Vermessungskongresses abzuwickeln. Mitglieder des Aufsichtsrates sind von Seiten des Gläubiger-Staatssekretärs Gauert, Ministerialdirektor Klautz, Präfekt Dr. Schröder, Staatskanzler Breitenfeld, Bürgermeister a. D. Wachowiak, Generaldirektor Heine, Finanzrat Dr. Weidling und folgende Abgeordnete: Reichstagssabat, Ministerialdirektor a. D. Deub, Landtagsabgeordneter Brunt, Reichstagssabat, Minister a. D. Denburg, Reichstagssabat, Dr. Olfertding. Vorsitzender des Aufsichtsrates ist Dr. Denburg. Stellvertreter Staatssekretär Gauert und Präsident Dr. Schröder. Zum Geschäftsführer der Treuhand-Gesellschaft wurde Kommerzienrat Wanck bestellt. Die Geschäftsräume befinden sich in der Bismarckstraße (Deutsche Werkbank). Über den Wert der der Treuhand-Gesellschaft übertragenen Bänder und sonstigen Vermögensstücke kann zurzeit nichts abschließend gesagt werden, da wichtige Korrespondenzen und Bilder sich zurzeit noch in den Händen der Untersuchungsbehörde befinden. Die Freigabe steht zu erwarten.

Sächsische Bankbeamten-Konferenz.

Dresden. Der Deutsche Bankbeamten-Verein e. V. Sachsen hatte am vergangenen Sonntag nach Dresden eine aus allen Landesteilen stark besetzte Konferenz einberufen. Der geschäftsführende Vorsitzende, Hartenberg-Berlin, war ebenfalls anwesend. Gaugeschäftsführer Landtagsabgeordneter Volgt erstattete einen längeren Bericht über die Ereignisse der letzten Wochen auf jüdischem Gebiet und über die Eingriffe, die gegen den Deutschen Bankbeamten-Verein gerichtet worden sind. Nach gründlichen Verhandlungen, während denen auch Herr Hartenberg zu längeren Ausführungen das Wort nahm, wurde von einem Vertreter des Zweigvereins Dresden schließlich folgende Resolution eingebracht:

„Die aus ganz Sachsen ungewöhnlich stark belastete Tagung des Deutschen Bankbeamten-Vereins spricht nach einigen Referaten und ausführlichen Debatten dem Deutschen Bankbeamten-Verein, insbesondere seiner Leitung, uneingeschränkt Vertrauen aus. Sie erklärt ausdrücklich,

dem Diener, den Herrn Grafen herauszuführen. Margarete zog sich zurück, während der Graf mit hastigen Fingern seine Toilette vervollständigte.

Dank Slawiks eindringlichen Befeuungen benahm sich der Pseudo-Graf wie ein vollendetes Cavalier. Mit einigen artigen Worten erinnerte er Tarnow an ein früheres Zusammentreffen, drückte ihm sein Bedauern über den Brand aus und kam schließlich in der höflichsten und rücksichtsvollsten Art auf den eigentlichen Zweck seines Besuches zu sprechen. Er bedauerte zwar, gezwungen zu sein, Hohenlinden für sich zu reklamieren; aber der Herr Graf durfte sich versichert halten, daß er es nur schweren Herzens tue und auf das labhafteste bedauere, Aufregung und Unruhe in seine Familie gebracht zu haben.

„Selbstverständlich darf nicht die Rebe davon, sein doch Sie Hohenlinden verlassen,“ erklärte er entschieden. „Ich selbst verstehe nichts von der Bandwirtschaft — fühle mich auch nicht sonderlich wohl auf dem Lande — und ich werbe daher das Schloß kaum bemühen. Einige Räume im Hauptflügel werden mir vollkommen genügen — ich bin unverheiratet, gebente mich auch in absehbarer Zeit nicht zu verheiraten, und ich bedarf deshalb für meine Person nur weniger Zimmer. Außerdem — das Berliner Heim werde ich wohl für mich beanspruchen müssen.“

„Selbstverständlich wird alles zu Ihrer Verfügung stehen, sobald die gerichtlichen Formalitäten erfüllt sind,“ sagte Graf Tarnow, der unter der Situation nun doch endgültig litt. „Vorerst allerdings muß ich darauf bestehen, als unumstrannter Herr von Hohenlinden zu gelten. Sie werden das verstehen — ich darf nicht anders handeln. Natürlich steht es Ihnen frei, im Schloß Wohnung zu nehmen; ich möchte Sie sogar darum bitten — der Staub wegen. Alles übrige aber muß in dem bisherigen Stande verbleiben, bis ein gerichtliches Urteil gefällt ist.“

Graf Alfred verneigte sich. Rühiger als bisher er wirkte er:

„Ganz nach Ihrem Willen, Herr Graf! — Wir werden also auch die Abrechnung bis auf diesen Zeitpunkt verschließen.“

Graf Tarnow erlebte. Mit einem Mal kam ihm die ganze Gefahr seiner Lage zum Bewußtsein. Er hatte in seiner Stellung als Verwalter von Hohenlinden bisher nichts Ungeschickliches getan; wohl hatte er bedeutende Summen aufgenommen, aber doch nur in den Grenzen dessen, was ihm erlaubt war. Auch wegen der vorgenommenen Pfändung an sich war er nicht strafbar; er hatte dem andern auch dann erst Mitteilung davon zu machen, wenn der Verkäufer als Besitzer von Hohenlinden gelegentlich anerkannt war. Wie aber würde sich der Graf dann bezüglich verhalten? — Und wie vor allen Dingen sollte er Tarnow, mit seinem Gläubiger fertig werden?

„Ich werde dann jederzeit bereit sein, die Abrechnung vorgenommen,“ sagte er mit erzwungener Fassung auf die letzte Bemerkung des Grafen. „Wenn ich Sie recht verstanden habe, ist die Frau Gräfin Redenthin von allem unterrichtet?“

„Sehr wohl! — Aber Sie verzeihen, daß ich noch einmal auf unser voriges Thema zurückkomme. Ich —“

daß den Interessen der Bankbeamten einzige und akute mit ruhiger, zielbewußter Gewerkschaftsarbeit gedenkt wird, wie sie der Deutsche Bankbeamten-Verein als führende Fachorganisation verfolgt. Die von mehreren außenstehenden Handlungsgesellschaften gegenwärtig entfachte Unruhe unter der gesamten Bankbeamtenfamilie wird als handelswidrig verurteilt. Die Versammlungen wollen wie bisher durch freies Zusammensein im Deutschen Bankbeamten-Verein ihre berufswirtschaftlichen Ziele mit allen gesetzlichen Mitteln energetisch verfolgen. Sie fordern alle Gläubiger und Kolleginnen zum Beitritt und zum Mittelpunkt auf. Hochstrebende Organisationen können niemals die gewerkschaftlichen Belange der Bankbeamten wahrnehmen.“

Diese Entschließung wurde von der etwa 170 Personen umfassenden Tagung unter lautem Beifall mit allen gegen zwei Stimmen angenommen; die beiden ablehnenden Herren batzen sich unterdrückterweise Beitritt zu der Versammlung verboten.

Die Deutsche Volkspartei Ostholstein erläutert folgende Stellung. Erklärt: „In einem dieser Tage von der Deutschen Bankbeamten-Verein ihre berufswirtschaftlichen Ziele verfolgten Flugschrift ist gegen den Landtagsabgeordneten Voigt-Dresden der beleidigende Vorwurf erbracht worden, daß er durch die Ausübung einer „Unmenge profitabler Ehrendienste“ seinen Hauptberuf vernachlässige. Dieser Vorwurf muß sich in der Hauptsache auf die Tätigkeit beziehen, die Herr Voigt seit langen Jahren innerhalb der Deutschen Volkspartei ausübt, in welcher Herr Voigt die Leiter eines Landtagsabgeordneten und eines Dresdner Stadtverordneten bekleidet. Der geschäftsführende Aufsichtsrat der Deutschen Volkspartei Ostholstein hat in seiner Sitzung vom 26. Januar mit diesem Bedauern von dem Versuch Kenntnis genommen, diese opfervolle Arbeit des Herrn Voigt, für die die Deutsche Volkspartei und die Deutschen Volkspartei Ostholstein weit dienlich ist, durch die Unserlichkeit ihrer Einwohnerlichkeit zu diskreditieren. Die Deutsche Volkspartei Ostholstein weiß diesen Versuch mit Einsicht zurück und gibt ihrer besonderen Anerkennung und Dankbarkeit für die ehrenamtliche politische Tätigkeit

Ein gutes Samt-Kleid

das schönste Kleidungsstück für die elegante Dame.

Wir führen die besten Qualitäten

in allen Farben

Samt ist Vertrauenssache!

Lassen Sie sich vom Fachmann beraten!

Modenhaus



Wettiner-Ecke Carolastrasse.

Es hatte geklopft und mit einer entschuldigenden Geste gegen den Besucher rief Tarnow „Herein“. Wieder überbrachte der Diener eine Karte. Und diesmal verlor Tarnow seine Fassung kaum zu bewahren.

Beon Slawik war es, der sich da meiden ließ — und die nächsten Minuten schon konnten verhängnisvoll über das Schicksal Tarnows entscheiden!

Über zu den Grafen Erstaunen kam es anders, als er geführt wurde.

Wie ein Blitz aus einer wohl einstudierten Komödie verließ die nächste halbe Stunde. Tarnow stellte den Grafen als aufgünstigen Herrn von Hohenlinden vor; Beon Slawik war ausnehmend erstaunt, ausnehmend überrascht und betroffen; sich sich widerstreitend überzeugen, daß es wirklich so war, wie — kurz und gut, die beiden Gauner machten ihre Sache vorzüglich.

Natürlich konnte der Pole in Gegenwart eines ahnungslosen Dritten, der doch von all diesen Dingen nicht das mindeste wissen durfte, nicht von den Geschäftchen reden, die er mit Tarnow hatte. Graf Alfred Redenthin durfte selbstverständlich nicht erfahren, in welchem Verhältnis Slawik zu dem Grafen stand. Ja, die beiden agierten vorzüglich.

Über ihr wohlberechnetes Spiel sollte doch zu guter Letzt in etwas unvorhergesehener Weise enden.

Beon Slawik wurde nämlich abgerufen — zwei Herren seien da, die ihn dringend zu sprechen begehrten. Er nahm an, daß es sich um Berliner Geschäftsträume handele; und erstaunten prallte er auf der Schwelle zurück, als er sich Rudolf Gentiner und einem Unbekannten gegenüberstellte.

Freilich beherzte er sich logisch und begrüßte Gentiner, mit dem er ja unter dem Dach dieses Hauses schon einmal ganz freundlich verkehrte. Und völlig unbefangen. Zu seinem Erstaunen sollte er erfahren, daß der junge Mann heute durch teinerlei gesellschaftliche Rücksichtnahmen gezwungen war, ihm ebenso zu begegnen.

„Ich habe Sie rufen lassen,“ begann er in gedämpfter Weise, „weil ich Ihnen Eröffnungen zu machen habe, die vielleicht bestimmt auf Ihr Verhalten gegen den Grafen Tarnow einwirken werden. Sie haben durch betrügerische Manipulationen den Grafen in ein Abhängigkeitsverhältnis gebracht; haben es herbeigeführt, daß er Ihnen und dem Metzger Berthold eine Summe von etwa zweihunderttausend Mark schuldet. Diese Summe ist in den nächsten Tagen an Berthold zu zahlen. Nach dem genauen Rechnungen meines Rechtsverständnisses, des Herrn Buchner hier, schuldet Tarnow dem Berthold in Wirklichkeit ungefähr zweihunderttausend Mark. Ihnen ungefähr hundertfünfzigtausend. Sie werden sofort ein in bindender Form abgeschlossenes Schriftstück aussuchen, in dem Sie erklären, daß Sie dem Grafen Tarnow beide Beiträge auf sechs Monate stanzen — ferner, daß Sie außer den genannten Summen teinerlei Ansprüche an den Grafen haben.“

Slawik lehnte lächelnd an der Wand. Ein verdecktes Lächeln, das seinem Gesicht etwas unangenehmes Läßiges gab, lag um seinen Mund.

„Ich nehme an, daß ich es mit einem abenteuerlichen Scherz zu tun habe. Verstehen Sie? — Dunn los!“

des Herrn Voigt Ausdruck in dem heralichen Wunsche, daß Herr Voigt der Deutschen Volkspartei und der sächsischen Öffentlichkeit seine hochgeschätzten Dienste allzeit weiter leisten möge."

Das Abkommen zwischen Japan und Rußland.

Das Abkommen, das soeben zwischen Japan und Rußland nach langwierigen Verhandlungen in Peking zustande gekommen ist, ist nicht nur von eminenter Bedeutung für die zukünftigen Beziehungen der beiden Staaten zueinander. Seine größte Bedeutung liegt zweifellos in dem Einfluß, den die fünfzigjährige Mächtetruppierung im Jernen Ozean dadurch erhält. Es ist klar, daß Japan die Vorteile, die ihm durch die bedeutenden Konzessionen für die Ausbeutung der großen Naturröhrliner Nordostalins zufüllten, zu einer Stärkung seiner Rüstungsindustrie benutzt wird. Die Machstellung Japans im Pacific erhält durch das Abkommen ein neues Gesicht. Schon die Richterneuerung des anglo-japanischen Bündnisses und die Annäherung Englands an die Vereinigten Staaten hat eine Kluft zwischen Japan und den anglo-sächsischen Welt aufgerichtet. Sie wurde nun erweitert durch das Verbot der japanischen Einwanderung nach Amerika. Das dieses neue Abkommen zu einer Verstärkung der japanisch-russischen Beziehungen führen wird, braucht wohl nicht besonders bewiesen zu werden. In England ist man bereits sehr nervös und vermutet sogar Geheimparaphrasen über ein offizielles Bündnis der beiden Bündnispartner. Das sich Japan für den Fall einer kriegerischen Entwicklung mit einer anderen Macht der russischen Neutralität verschafft hat, dürfte allerdings ziemlich feststehen.

Gegenüber dieser Stärkung der machtpolitischen Stellung, die der Vertrag für Japan mit sich bringt, treten die wirtschaftlichen Vorteile naturgemäß zurück, wenn diese auch nicht unterschätzt werden dürfen. Das Abkommen eröffnet der japanischen Industrie neue Absatzmärkte in Sibirien, eine Tatsache, die zur Belebung der japanischen Wirtschaftskrisis zweifellos beitragen wird.

Japan kommt bei diesem Abkommen, wie wir gesehen haben, gut weg. Trotzdem ist der Abstand zwischen den Forderungen, die die Japaner während der früheren Verhandlungen immer wieder aufstellten, und dem jetzigen Ergebnis doch ziemlich groß. Es sei nur an folgende Forderungen, die Japan früher gestellt hat, erinnert: Schließung aller russischen Hafens sowie der polnischen Küste; Internationalisierung Manchukous, freie Handels- und freie Schifffahrt der Japaner nicht nur an der russischen Küste, sondern auch im Gebiete des Flusses Amur; Aufschub der Räumung Nordostalins bis zur vollständigen Befriedigung Japans wegen der im Jahre 1920 an den Japanern verübten Vergesellen. Diese Forderungen, die jetzt zum größten Teil völlig fallen gelassen worden sind, entsprangen einem solchen Überlegenheitsgefühl der Japaner. Ihre Erfüllung war vom russischen Standpunkt aus natürlich unerträglich, da das Übergewicht, das die Japaner dadurch gegenüber den Russen im Pacific erlangt hätten, zu groß gewesen wäre.

Wenn nunmehr die Räumung Nordostalins für das Frühjahr festgestellt ist, so ist das zweifellos ein großer Erfolg der sowjetischen Diplomatie, wenn man sich auch nicht verbogen darf, daß diese Belebung in der japanischen öffentlichen Meinung nachgerade sehr unpopulär geworden war, und zwar hauptsächlich wegen der sehr großen finanziellen Kosten, die die jahrelange militärische Okkupation Nordostalins erforderte. Dieser Erfolg der sowjetischen Diplomatie erscheint in einem noch helleren Licht, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Japan auf die bis jetzt immer so hartnäckig vertretene große Satzungswillkür der Vergesellen in Nikolajewsk so ziemlich respektlos verzichtet hat. Man hat bisher nur vernommen, daß Karahan, der sowjetische Botschafter in Peking, dem dortigen japanischen Botschafter „kein aufstößliches Gedauer“ über Nikolajewsk ausgesprochen hat. War aber noch nicht gehört, daß Japan sich damit etwa nicht zufrieden erklärt hätte.

Nach diesem Abkommen können die langjährigen Streitpunkte zwischen Japan und Rußland für absehbare Zeit als erledigt angesehen werden.

Turnen, Sport, Spiel, Wandern.

W.B. 1. — **SC. Mohrvein 01 1. 2:0 (1:0).** Trotz stürmischem Wetters, verbunden mit Schneefall und Regengüssen, ließen sich beide Mannschaften nicht abhalten, das angefechtete Gesellschaftsspiel auszutragen. Es war vorauszuheben, daß aus vorgenannten Gründen kein Spiel mit besonderen Feinheiten zulande kommen konnte. W.B. mit starkem Erfolg, brachte es trotzdem fertig, seinen Gegner, der nur mit einem Erstligaspieler antrat und den heftigsten Widerstand leistete, sicher mit 2:0 aus dem Felde zu schlagen. Die Müldeleute kamen in der ersten Halbzeit wohl kaum aus ihrer eigenen Spielfläche, was nicht zu verwundern war, da die Einheimischen den Wind als Bundesgenossen

auf Seite hatten, jedoch nur ein Tor durch den Linksschuh Neuler ergreifen konnten. Ein jeder alaute wohl an einer sicheren Niederlage der Besucher in der zweiten Spielhälfte, doch entwideten sie gegen Wind ein vorzügliches Kombinationsspiel, sodass sie ein ziemlich offenes Spiel vorführten, so mitunter machte sich sogar eine leichte Niedergangheit der Blau-Weisen bemerkbar, die ihnen auch noch ein weiteres Tor, ebenfalls durch den ersten Torjäger mittels Kopfball, einbrachte. Mohrvein spielte die leichte Viertelstunde recht hart, was aber vom Schiedsrichter rechtzeitig unterbunden wurde und somit ein Ausarten des Spieles verhinderte. — **W.B. 2.** musste in Höderau von der 1. Elf des SV. Höderau eine knappe Niederlage von 1:2 einstecken. Auch hier war Mohrvein gewungen, mit mehreren Trikotglühen aufzutreten, sonst wäre es den Höderanern sicher nicht gelungen, die in sehr alter Form befindliche 2. Elf zu schlagen. — **W.B. 3.** unterlag der 2. Elf des SV. Oschatz mit dem knappsten aller Maßnahmen von 1:0. Ein Unterschied hätte dem Spielverlauf nach eher entschieden. (Wa.)

Gautag des 8. N.-E.-Gauzes, 14. Kreis, OT. Mit der Bahn, im Rundfunkauto und auf Schusters Rappen waren neben dem Gauturnrat 80 Abgeordnete der Vereine des Gauzes nach dem gastfreien Städte Mühlberg a. E. geeilt, um an den Beratungen über die Jahresgeschäfte des 8. Gauzes tätigen Anteil zu nehmen. Wie bei allen Jahreshauptversammlungen nahmen die Berichte der einzelnen Gaubeamten einen großen Teil der Zeit in Anspruch. Zwischendurch wurden die Wahlergebnisse der meist Wiederwahl der bisherigen Vertreter ergangen. Als 2. Gauvertreter wurde Schulleiter Theodor Lommel gewählt. Das neue Amt eine Gaupressewarte wird Stud. Rat Hager-Oschitz 62 bekleiden, der einen ausführlichen Bericht über Einrichtung und Ausgaben des Turnperekremens gab. Gauoberturnwart wird Birnstengel-Mühlberg, 1. Männerturnwart Rieger-Oschitz 62, Schriftwart Rennsch.-Mühlberg, Kinderturnwart Stein-Großditz. Den auscheidenden Gauturnratsmitgliedern Haack, Hugo und Wagner wird der gebührende Dank ausgesprochen. Grundätzlich wird beschlossen, daß der Gautag die Wahl des Gauoberturnwarts unter Berücksichtigung der Vorschläge des Gauturnrats vornimmt. Dieser einstimmige Beschluss soll in das neue Gaugrundgesetz verwohnen werden. Die Gauveranstaltungen richten sich nach dem Arbeitsplan von 1925. Am 6. September Jahnspieltag und Frauenturnstunde, am 18. September Goldbergfest. Das Ziel des Gökawandertages (21. Mai) soll Leipziger sein. Die staatlichen Aufsichtselder für Turnhallen- bzw. Spielplatzbau werden auf fünf Vereine verteilt. In Würgau steht aus Anlaß des längst verlaufenen Gauturnfestes dem Gau eine Stoppur mit Widmung. Dem Turn- und Wanderheim auf Rüggen werden 10.— Mk. überwiesen. In Zukunft sollen Warenlieferungen ohne Rückporto nicht zurückgewiesen werden. Zum Schlusse der funktionsfähigen Verhandlungen dient der Gauvertreter Würg.-Oschitz 62 ein von Humor gewürdetes Stimmungsbild von dem Deutschen Turntag in Würzburg. Je eine Gauturnratssitzung vor und nach der Arbeit des Gauzes erledigte Verwaltungssachen. Würgau die Arbeiten zum Fortschreiten des 8. N.-E.-Gauzes im neuen Geschäftsjahr dienen.

Handel und Volkswirtschaft.

Zur Frage der Umsatzsteuer. Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller, der sich bereits wiederbolt für vollkommenen Betrieb der erhöhten Umsatzsteuer (sog. Luxussteuer) ausgesprochen hat, beschloß in seiner letzten Sitzung auf neue, darauf hinzuwirken, daß bei der bevorstehenden Generalsteuerreform die Luxussteuer fallen gelassen wird. Die Luxussteuer ist nichts weiter als eine Steuer auf Qualitätsware, die in vielen Fällen zur Kurzarbeit und Entlastung der Arbeiter geführt hat. Einigen irgend wesentlichen Ausfall an Steuern bringt der Wegfall der Luxussteuer nicht. Die etwa ausfallenden Beträge werden dadurch, daß die Industrie in ihrer Wettbewerbsfähigkeit durch Wegfall der Luxussteuer gefährdet wird, sicherlich eingebracht werden. Auch die allgemeine Umsatzsteuer bedeutet, wie in der Sitzung des Gesamtvorstandes weiter ausgeführt wurde, auf jeden Fall eine schwere Belastung der Produktion. Trotzdem kann an ihre Befreiung bei den heutigen Verhältnissen nicht gedacht werden; das gegen ist eine weitere fühlbare Herabsetzung und die Befreiung der Ausschuß von der Belastung mit der Umsatzsteuer in allen Städten eine unerlässliche Bedingung für die bevorstehende Steuerreform.

An der Berliner Börse war am Montag die Stimmung ziemlich gedrückt. Zu den außen- und innenpolitischen Begebenheiten wegen der Niede des englischen Ministers Chamberlain und der noch immer ungeldeten preußischen Regierungskräfte kam noch die merkliche Versteigerung des

Geldmarktes hinzu. Fast auf allen Gebieten des Effektenmarktes waren die Umsätze nur gering, und fast überall schwächer lieg die Kurie ab. Nur die Kolonialwerte hatten einen etwas besseren Markt. Von Montanpapieren nahm besonders nach Köln-Neu-Essen und Düsseldorf. Geländewerten fand sich im weiteren Verlauf der Börse wieder etwas bestätigt. Rottweiler hatten ein etwas lebhafteres Geschäft. Chemische Werte, Electro-Papiere und Maschinenwerte konnten sich ziemlich bedauern, ebenso Hochbahn und Charlottenburgener Wasserwerke. Am Bankenmarkt waren nur Reichsbankanteile etwas lebhafter gehalten. Am Börsenmarkt drückelten die Kurie überall ab. Die Versteigerung des Geldmarktes war ziemlich empfindlich, sie rückte zum orohen Teil daher, doch man die Ultimomanschette unterdrückt hatte. Der Satz für tägliches Geld war 10 bis 14%. Privatdiskonte stellten sich auf 8%. — Die Produktionsbörsen eröffnete in überaus schwacher Haltung. Die Umlaute war des Roggenangebot der Weizengetreidestelle und andererseits die immer stärker werdenden Gerichte über ein bepaßtes Ausfuhrverbot für Weizen und Kleie. Die Umlaute in Brotgetreide waren sehr gering. Der Weizemarkt blieb dauernd flau, während bei Brotgetreide später eine kleine Erholung eintrat. Das Geschäft in Gerste und Hafer war belanglos.

Marktberichte.

Landwirtschaftliche Warenküche zu Großenhain. Sonnabend, den 31. Januar 1925. Wetter: trüb. Stimmung: matt. Weizen, biefiger, neu 18,25—19; Roggen, biefiger, 13,25—18; Sommergerste 18—14; Hafer 9—9,50; Weiz (Vireb und Zepfatz) 12,75 bis 13; Maischrot 13,75—14; Weizenkleie 4—5; Weizen- und Roggenstroh 1—1,20—1,40; Haferstroh 1—1,20; Weizengemehl (70%) 21; Roggenmehl (70%) 20; Roggenkleie 9,25—9,50; Weizenkleie 9,25—9,50; Speisefutterstoff 2,30—2,50. Die Preise verfestigen sich in Goldmark per 50 Kilogramm.

Trossdner Schlachthausmarkt vom 2. Februar. Auflistung:

1. Rinder: 203 Ochsen, 152 Bullen, 165 Kalben und Kühe, 27 Kinder ausländischer Herkunft, 2,500 Rinder; 3,537 Schafe; 4,2079 Schweine, zusammen 3138 Tiere. Preise in Goldmark für 50 Kilogramm Rind- und Lamme. Durchschnitt Schlachtwert: Ochsen: 1. vollfleischige ausgemästete höchste Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 51 bis 54 (95), 2. junge fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete 42 bis 46 (85), 3. möglich genährt junge, gut genährt ältere 34 bis 38 (77), 4. gering genährt jünger 32 bis 36 (63 bis 76), 5. Argentiner 47 bis 54 (85 bis 92). Bullen: 1. vollfleischige ausgemästete höchste Schlachtwertes 50 bis 58 (89), 2. vollfleischige jüngere 44 bis 46 (82), 3. möglich genährt jüngere und gut genährt ältere 38 bis 42 (77), 4. gering genährt 30 bis 35 (72). Kalben und Kühe: 1. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes 50 bis 58 (94), 2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 43 bis 46 (86), 3. ältere ausgemästete Kühe und gut entwölzte jüngere Kühe und Kalben 35 bis 38 (81), 4. gut genährt Kühe und möglich genährt Kalben 28 bis 32 (75), 5. möglich und gering genährt Kühe und gering genährt Kalben 20 bis 26 (68). Rinder: 1. Doppelleber —, 2. beste Rast- und Saufalber 70 bis 74 (118), 3. mittlere Rast- und gute Saufalber 62 bis 68 (108), 4. geringe Rinder 50 bis 56 (96). Schafe: 1. Maßstämmer und jüngere Maßstämmer 40 bis 48 (101), 2. ältere Maßstämmer 40 bis 46 (96), 3. möglich genährt Maßstämmer und jüngere Maßstämmer 40 bis 48 (96). Schweine: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1½ Jahr 69 bis 72 (90), 2. Hettischiene 72 bis 75 (92), 3. Fleischige 64 bis 68 (88), 4. gering entwölzte 58 bis 62 (86), 5. Sauen und Ober 55 bis 65 (80). Ausnahmepreise über Notiz. Die Preise sind Marktpreise für nächst genossene Tiere und sämliche sämtliche Speisen des Handels ab Stall für Frachten, Markt- und Verkaufsstellen, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallspreize. Ueberstand: 30 Ochsen, 14 Bullen, 9 Kühe, 36 Schafe, 15 Schweine. Tendenz des Marktes: Geschäftsgang in Rindern langsam, in Schafen und Schweinen mittel.

Amtlich festgelegte Preise an der Produktionsbörse zu Berlin am 2. Februar. Getreide und Getreidearten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg. (In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.) Weizen, märzlicher 259—263, pommerscher —. Roggen, märzlicher 254—259, westenburgischer —, westpreußischer —, Gerste, Buttergerste 220—240, Sommergerste 260—285. Hafer, märzlicher 190—198, pommerscher —, westpreußischer —. Mais, loco Berlin —, Wagon frei Hamburg 228, Weizenstroh pro 100 kg frei Berlin brutto intl. Sack (feinste Marken über Notiz) 36—38,25. Roggenstroh pro 100 kg frei Berlin brutto intl. Sack 33,75—37,75. Weizenkleie, frei Berlin 16,80—17. Raps 400. Rennsatz 410—415. Vitriol-Erhben 29—35. Kleine Speise-Erhben 21—23. Buttererben 20—23. Pfeilzucker 18—19. Raderbohnen 20—22. Biesen 18,50—20. Lupinen, blaue 13—14, gelbe 16—16,20. Zerradale alle —, neue 17—18,50. Napotuchen 19,20—19,50. Reinfuchen 25,20—25,50. Traubenzucker 2,80—3,00. Volkswirtige

Verloren
am Sonnabend 1 braunes
Vorkennone in. Inhalt.
Seien gute Belohnung
abzugeben bei Börner,
Katernstraße 18, 3.

Gutmöbel
besbares Zimmer
sofort von Referendar
gesucht. Angeb. u. 6 2183
an das Tageblatt Riesa.

Möbl. Zimmer
von Herrn sofort ob. später
geliebt. Offert. unt. H 2183
an das Tageblatt Riesa.

**Schöne
6-Zimmer-Wohnung**
gegen sonnige schöne
4-Zimmer-Wohnung mit
Rübedör in gutem Hause
(nicht Bart.) in Riesa zu
tauschen geplant. Off. u.
L 2186 a. d. Tagebl. Riesa.

Ber lebt Hausbesitzer
150—200 M.
gegen gute Versorgung u.
Sicherheit. Offert. unt.
E 2180 a. d. Tagebl. Riesa.

Welt. Unternehmern
i. industr.-u. verkehrsr. Ort
Fest. Soz. m. 10 18.
Wassertr., die noch erb.
w. R. ev. and. gewinnt.
Ich. Fabrikation auf.
Wer hat eine wirt.
braucht. Idee u. beteil.
f. Umg. Ang. u. J 2184
an das Tageblatt Riesa.

Gebrauche Ata



- und im Haus
sieht's stets bei dir wie Sonntag
aus!

(ATA-Hanf-Pum- und Scheibenmittel)

Umtliche S.

Auf Blatt 242 des Handelsregisters, die Niederr. Dörf. Aktiengesellschaft in Riesa betreut, ist heute eingetragen worden: Der Vorstand präs. Stellmachermeister Georg Möbius ist ausgeschieden. Der Stellmachermeister Oskar Möbius ist in Riesa zum Vorstand bestellt.

Amtsgericht Riesa, den 31. Januar 1925.

Junges Mädchen
tagsüber für kleinen
Haushalt gesucht.

Gräb., Hofst., 16, v.

Sauberes Mädchen

das Osteren die Schule verläßt, sucht hier oder auf

dem Lande Stellung als

Stütze des Hausesfrau, evtl.

zu Kindern. Off. u. H 2187

an das Tageblatt Riesa.

Wirtschaftsmädchen
und jüngere Magd
für 1. März gesucht.

* zu erfr. im Tagebl. Riesa

Bäckerlehrling.

Sohn achtbares Eltern zu

Osteren 25 für Dresden

Feinbäckerei gesucht. An-

geb. an Max Hermann,

Dresden-N. Friedrichstr. 9.

Ehrliches zuverlässiges

bessereres

Hausmädchen
mit Familienanthalb zum
15. 2. gesucht. Offert. unt.
F 2181 a. d. Tagebl. Riesa.

Brenn- und Nutzholzauktion.

Sonnabend, 7. Februar, vorm. um 1/2 Uhr.

Zusammenkunft Schäferet Borna.

Birke 20 Eichen, 20 bis 50 cm Mittelstärke

* 15 Eichen und Birken, ca. 20 cm Mittelstärke

* 6 schwache Erlen (Wantzelholz)

* 500 dicke Stämme u. St